

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 43 vom 25. Oktober 1985

19. Jahrgang

1 DM

Diese Woche

Frauen
am
Bau?
Seite 6

Bremer
Grüne:
Gesetz-
entwurf
zum
Ausländer-
wahlrecht
Seite 7

Beiträge zur
Programm-
diskussion
Seite 9 — 11

ENDE

Kurzes und schmerzloses Ende eines Stückchens „Parlamentsreform“. Nach nur drei Versuchen wurden die „Kabinettsberichterstattungen“ auf Antrag des Ältestenrates des Bundestages wieder abgeschafft. Ursprünglich war vorgesehen, jeden Mittwoch von Regierungsmitgliedern eine Unterrichtung des „Hohen Hauses“ vornehmen zu lassen.

Alle vier Fraktionen des Bundestages hatten zu erkennen gegeben, daß sie kein Interesse an diesen Kabinettsberichterstattungen haben. Die wochenlange „Selbstverständlichkeitsdebatte“ und die sich daraus ergebenden Änderungen im Bundestag waren wohl nur ein Sturm im Wasserglas. Es bleibt alles beim alten.



ANFANG

Ende Oktober startet die amerikanische Raumfähre „Challenger“ mit den bundesdeutschen Raumfahrern Reinhard Furrer und Ernst Messerschmidt zu einem Flug in den Weltraum, bei dem das Raumfahrtlabor erstmals unter westdeutscher Leitung steht.

Die Bundesregierung hat für dieses „Forschungsprojekt“ immerhin 180 Millionen Mark an die Amis bezahlt. Wenn während dieser „Spacelab“-Mission die nationalistischen Wellen vom „deutschen Forschergeist“ und „deutscher Technik“ hochschlagen, wird sicherlich eine Tatsache unterschlagen werden: Im Rahmen dieses Fluges wird auch ein US-Spionagesatellit ausgesetzt. Über Mittelamerika! Ein Anfang für westdeutsche Beteiligung am Krieg der Sterne.



Kesseltreiben gegen Koalition in Hessen

Unternehmermacht gegen Wählerwillen

Mit unverblühten Drohungen und Erpressungsversuchen haben die Unternehmer, allen voran der IG-Farben-Nachfolger Hoechst und Langmann vom BDI, sowie CDU/CSU, FDP, aber auch sozialdemokratische Rechtsaußen wie Rappe von der IG Chemie auf die geplante Koalition von SPD und Grünen in Hessen reagiert.

Der Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann bezeichnete die geplante Koalition (zu der das Votum des Landesmitgliederversammlung der Grünen am kommenden Sonntag allerdings noch aussteht) als „Kampfansage an die Arbeitnehmer und die moderne Industrie“ und erklärte, Holger Börner opfere „das Gemeinwohl der Machterhaltung und der persönlichen Karriere.“ Gottfried Milde, CDU-Fraktionsvorsitzender im hessischen Landtag, prophezeite das „wirtschaftliche Chaos“ in Hessen. Beide, Wallmann und Milde, kündigten sofort nach Bekanntwerden der Koalitionspläne an, daß nun die Abwanderung zahlreicher Unternehmen aus Hes-

sen drohe.

Ministerpräsident Vogel aus Rheinland-Pfalz und sein Wirtschaftsminister Geil waren genauso schnell mit Einladungen an diese „zahlreichen Unternehmen“ bei der Hand, doch lieber im benachbarten Rheinland-Pfalz zu investieren.

Hessens Unternehmer reagierten prompt. Der Vorstandssprecher der Hoechst AG, des größten Unternehmens in Hessen, erklärte, man sei „bestürzt“ und betrachte eine Investitionsverlagerung als „durchaus ernste Alternative“. Ähnlich äußerten sich Vertreter der Hanner Nuklearfabriken. Und die Batteriefirma „Sonnenschein“ will eine geplante Niederlassung in Hessen

„überdenken“. Rückendeckung erhalten Hessens Unternehmer durch den „Bund der Deutschen Industrie“, dessen Präsident Langmann ebenfalls mit Investitionsverlagerungen drohte.

Dieses Vorgehen der Unternehmer gegen die geplante Koalition von SPD und Grünen in Hessen ist ungeheuerlich. Wenn diese Koalition zustande kommt, repräsentiert sie den Willen der Mehrheit der hessischen Wähler. Wenn die Hoechst AG diese „Koalition des Schreckens“ (Tandler) dadurch verhindern will, daß sie mit ihrer wirtschaftlichen Macht droht, damit, daß das Schicksal Zehntausender von ihr abhängt, dann demonstriert sie damit in aller Deutlichkeit, was Wählerentscheidungen für sie wert sind. Eine solche demonstrative Mißachtung des Wählerwillens und damit auch der

Fortsetzung auf Seite 2

DGB-Aktionswoche voller Erfolg

Über 600 000 gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau

Über 600 000 Kolleginnen und Kollegen nahmen am 19. Oktober an den Großkundgebungen des DGB teil. Über 150 000 in Stutt-

gart, 130 000 in Dortmund, 50 000 in München, 40 000 in Hamburg usw.

Um ein Vielfaches höher dürfte die Zahl der Kolle-

ginnen und Kollegen sein, die insgesamt an Veranstaltungen der DGB-Aktionswoche teilgenommen haben. Eine Gesamtzahl liegt seitens des DGB noch nicht vor. Aber für Hessen meldete der DGB, daß sich an 605 Veranstaltungen in Betrieben, in Sälen und auf der Straße ca. 239 000 Kolleginnen und Kollegen, ein gutes Drittel aller DGB-Mitglieder, beteiligt hätten.

In einer Erklärung des DGB-Bundesvorstandes zum Abschluß der Aktionswoche heißt es: „In der Arbeitnehmerschaft wächst die Bereitschaft, sich gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau zu wehren und sich für die gewerkschaftlichen Alternativen zur Bonner Politik zu engagieren.“ Eben daraus gilt es Konsequenzen zu ziehen!

Zum selben Thema die Seiten 2 und 14 dieser Ausgabe.



Benjamin Moloise



Ein Text des Dichters:

All die Armeen, die jemals marschierten
all die Parlamente, die jemals zusammensaßen
haben das Leben des Menschen auf Erden nicht berührt
als das eine, einzigartige Wesen
Ich bin stolz, zu sein, was ich bin
Ich bin stolz, auf das, was ich getan habe
Dem Sturm der Unterdrückung wird der Regen meines Blutes folgen
Ich bin stolz darauf, mein Leben zu geben
Mein eines, einzigartiges Leben

Botha — Mörder!

Ungeachtet weltweiter Proteste, Appelle und Bitten ist der südafrikanische Schriftsteller und Freiheitskämpfer Benjamin Moloise am vergangenen Freitag in Pretoria hingerichtet worden.

Dieser neuerliche Mord des Botha-Regimes zeigt in aller Deutlichkeit, daß nicht Bitten und Appelle den Schwarzen in Südafrika helfen können, sondern Botha nur gezwungen werden kann: durch die Unterstützung der kämpfenden Schwarzen, durch entschiedene Boykottmaßnahmen und wirksame Sanktionen gegen das Rassistenregime.

Benjamin Moloise, ein junger schwarzer Schriftsteller, der die Befreiungsbewegung ANC unterstützte, war der weißen Polizei schon länger bekannt. Er verweigerte einmal der Rassenjustiz als Kronzeuge gegen Schwarze aufzutreten. Nachdem Benjamin Moloise 1983 des Mordes an einem Polizisten angeklagt war, wurde er gefoltert und legte ein Geständnis ab. Am 27. Mai des gleichen Jahres widerrief er das Geständnis, wurde aber einzig auf die Aussage einer bis heute unbekannt gebliebenen Frau zum Tode verurteilt. Alle Versuche, das Verfahren neu aufzurollen, wurden von der weißen Justiz vereitelt, trotz weltweiter Proteste starb Benjamin Moloise am vergangenen Freitag. Bothas Regime richtete ihn durch

den Strang hin.

„Mein Sohn hat mir aufgetragen, der ganze Welt zu sagen, daß eines Tages das schwarze Volk regieren wird. All die Kämpfer, die ihr Leben lassen mußten, sind für die Freiheit gestorben. Der Kampf muß weitergehen.“

Diese letzte Botschaft Benjamin Moloises brachte seine Mutter vom letzten Besuch aus dem Gefängnis mit. Mit vielen Verwandten und Freunden war sie am Freitag vor dem Gefängnis. Sie sah ihren Sohn nicht lebend wieder. Der Platz, wo Benjamin Moloises Grab ist, wurde von den Behörden nicht bekanntgegeben.

Über das Wochenende nach dem Mord des Botha-Regimes an Benjamin Moloise mehr auf Seite 8.



Johannesburg am vergangenen Sonntag

Für den CDU-Generalsekretär Geißler war's ein Schlag ins Wasser. Für die Arbeitgeberverbände schlicht ein Fehlschlag.

Man muß dem DGB-Vorsitzenden Breit recht geben: „Wer am Samstag in Stuttgart, Dortmund, München, Kassel oder einem der anderen Kundgebungs-orte war, hätte nur mit geschlossenen Augen und verstopften Ohren von einem Fehlschlag reden können.“

Eben das ist das Problem: für die Sorgen und Nöte der Arbeiter und Angestellten, der Arbeitslosen und Rentner usw. sind die Augen der Koalition von Kapital und Kabinett verschlossen, für deren dringendsten Forderungen sind ihre Ohren verstopft.

Der 19. Oktober — und was aus ihm werden könnte

Wer etwas anderes erwartet hat, hat nicht verstanden, warum das organisierte Unternehmertum die Wende in Bonn so massiv betrieben hat. Man muß kein Prophet sein, um festzustellen: die Bedeutung dieser machtvollen gewerkschaftlichen Mobilisierung vom 19. Oktober wird nicht darin liegen, daß sie diese Bonner Regierung zu einer „anderen Politik“ bewegt.

Hans Mayrs treuherziges Sprüchlein auf der Pressekonferenz zielt ins Leere: „Eine Regierung, die aus dieser Beteiligung keine Schlußfolgerung zieht, tut mir leid.“ Seine Sorge, die Regierung könnte keine Schlußfolgerungen ziehen, ist unangebracht. Sie wird Schlußfolgerungen ziehen, z.B. die: daß Gewerkschaften, die sich als so mobilisierungsfähig erweisen, wohl nicht anders beizukommen ist als mit gesetzlichen Beschränkungen ihrer Handlungsfähigkeit. Aktuellstes Stichwort: § 116 Arbeitsförderungs-gesetz.

Auch Ernst Breit lenkt nach diesem 19. Oktober Hoffnungen in die falsche Richtung: „Wenn der Kanzler jetzt Anlaß zu haben glaubt, wieder ein Dreiergespräch einzuberufen, dann muß er etwas gegen die Massenarbeitslosigkeit auf den Tisch legen.“

Diese Regierung muß — 600 000 hin, 600 000 her — vor allem das tun, was die Unternehmerorganisationen von ihr verlangen. Es sei denn in der Realität des Klassenkampfes hätte sich die Krisenlösungsstrategie der Unternehmer politisch als nicht durchsetzungsfähig erwiesen.

Hier könnte die wirkliche Bedeutung des 19. Oktober — über den punktuellen Mobilisierungserfolg hinaus — liegen. Seit dem 19. Oktober sticht ein Argument, auf das sich der Sozialpartnerschaft verpflichtete Gewerkschaftsführer gerne berufen, nicht mehr: man müsse die Zusammenarbeit mit der Regierung zum Zwecke der Schadensminimierung suchen, weil die Basis nicht zum offensiven Kampf für die gewerkschaftlichen Forderungen zu mobilisieren sei.

Dieser 19. Oktober hat gezeigt, daß der Widerstand gegen die Wendepolitik breiten Rückhalt unter den Gewerkschaftsmitgliedern hat. Die Führungen des DGB und der Einzelgewerkschaften müssen zum bösen Spiel am Kanzlerkamin nicht gute Miene machen. Es gibt die Alternative, auf die große Kraft zu bauen, die am 19. Oktober deutlich geworden ist.

Das würde bedeuten, den von der Aktionswoche ausgelösten Schub zu nutzen, um alle weiteren Gipfeltreffen abzusagen, bevor nicht die gewerkschaftliche Forderung nach einem wirksamen Beschäftigungsprogramm erfüllt worden sind, bevor nicht die geplanten reaktionären Änderungen zum Betriebsverfassungsgesetz und zum § 116 des Arbeitsförderungs-gesetzes vom Tisch sind.

Das würde bedeuten, für den Fall, daß die Reaktion insbesondere an ihrer Absicht, den Franke-Erlaß zum Gesetz zu machen, festhält, gewerkschaftlichen Widerstand bis zum Generalstreik anzukündigen.

Das würde bedeuten, jetzt eine breite Mobilisierung für die tariflichen Schwerpunkte, echte Reallohnerrhöhung und 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, zu starten.

Auftakt für eine breite gewerkschaftliche Offensive gegen die Wende — darin könnte die Bedeutung des 19. Oktober liegen.

Kohls Regierungserklärung

Kein Anlaß für Proteste?

Zur Halbzeit der DGB-Aktionswoche nahm Kohl im Bundestag in einer Regierungserklärung zur „wirtschaftlichen Lage und zur Lage am Arbeitsmarkt“ Stellung. Die Debatte fand zeitweilig vor fast leeren Bänken statt. Um den Skandal offenkundig zu machen, beantragten die Grünen sogar die Beendigung der Debatte wegen mangelnden Interesses.

Der Antrag der Grünen wurde abgelehnt, obwohl es der Regierungserklärung tatsächlich an Interessantem mangelte. Originalton Kohl: „Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist zum Stillstand gekommen. (...) Deutlicher Aufwärtstrend an der Beschäftigungsfront. (...) Mit 730 000 Lehrstellen ist auch in diesem Jahr ein neuer Lehrstellenrekord in Sicht. (...) Man kann unschwer erkennen, daß es wieder eine realistische Perspektive für mehr Arbeitsplätze gebe“ usw.

Oppositionsführer Vogel nannte das eine „Verhöhnung der Betroffenen“. Angesichts einer offiziell registrierten Arbeitslosigkeit von 2,2 Millionen, angesichts der Tatsache, daß 540 000 junge

Menschen unter 25 Jahren arbeitslos sind, steht diese Formulierung nicht im Verdacht übertriebener Schärfe.

Zur Beschreibung der Lage hatte Kohl nur schönfärbische Platinen auf Lager, gegen den DGB und die von ihm ausgerufenen Aktionswoche gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit hagelte es dagegen von der Regierungsbank wüste Beschimpfungen. Kohl sprach von „Negativkampagnen“, Blum von „Scharfmachern im DGB“, Dregger drohte gar, gegen „Verdröhnungen“ Front zu machen, „notfalls auch mit Härte“.

Dregger: „Die Maßnahmen der Bundesregierung haben gegriffen, heute ist kein Anlaß für Proteste.“ Aber Herr Dregger, deshalb protestieren wir ja!

Seitens des DGB wurde in ersten Stellungnahmen als „Erfolg“ verbucht, daß die Aktionswoche diese Regierungserklärung erzwungen habe. Das ist wohl richtig. Nur war die Erklärung, die die Regierung abgegeben hat, eine Kampfansage an die Gewerkschaften und kein Eingehen auf ihre Forderungen.

Waffengeschäfte

Rosa Zeiten für Rüstungskonzerne

BONN. — In der vergangenen Woche war das größte Waffengeschäft der BRD-Konzerne, ein 12-Milliarden-Projekt mit Saudi-Arabien, Thema einer aktuellen Stunde im Bundestag. Heraus kam, daß das Geschäft natürlich völlig „legal“ ist und „unseren vitalen Interessen an der Stabilität in der Nahostregion“ entspreche. Die SPD fragte nach, ob es — wegen Israel — dem Bundeskanzler nicht an „Sensibilität“ fehle. Lediglich die Grünen mochten nicht gelten lassen, daß der Waffenexport zur Stabilität der Region beitrüge.

Die SPD, die diese „Aktuelle Stunde“ beantragt hatte, hat es ja auch schwer. Immerhin kam es unter Kanzler Schmidt 1981 zu den ersten großen Waffengeschäften mit den Saudis. Die Lieferung der in der Hauptsache aus bundesdeutschen Produkten bestehenden Feldhaubitze FH 70 war der erste große Deal westdeutscher Rüstungskonzerne. Und außerdem hatte die Schmidt-Regierung schon 1977 dem Bau einer Fertigungsanlage für Maschinengewehre und einer Sprengstofffabrik zugestimmt. Nur weil die Saudis anderen Anbietern den Vorzug gaben, waren Rheinmetall und andere Firmen damals „leer“ ausgegangen. Genau wie andere Geschäfte mit den Saudis hatte die SPD/FDP-Regierung damals auch immer mit der „notwendigen Stabilität“ in der Nahost-Region argumentiert.

Das Kriegswaffenkontrollgesetz, das ist nicht nur nach den neuen immer größer werdenden Waffengeschäften deutlich geworden, begrenzt weder die westdeutsche Einmischung in gefähr-

liche Krisenherde noch legt es den Kriegsgewinnern in der Rüstungsindustrie irgendwelche Schranken auf. Im Gegenteil, es geht munter weiter.

Im Oktober vereinbarten Kohl und der spanische Ministerpräsident Gonzales ein neues Geschäft. Gemeinsam mit spanischen Firmen wird Krauss-Maffei praktisch eine Art Leichtversion des in aller Welt von Militärs begehrten Kampfpanzers „Leo II“ bauen. Das Gemeinschaftsprodukt könnte — im Gegensatz zum westdeutschen Original — in alle Welt exportiert werden, weil die Bundesregierung auf ein Veto-Recht gegen den Weiterverkauf dieses Panzers in Nicht-NATO-Länder verzichtet hat. Aus Bonn kam ein Dementi — ungefähr so glaubhaft, wie die Aussage des Staatssekretärs Grüner in der oben erwähnten „Aktuellen Stunde“ im Bundestag. Er sagte, mit der Lieferung technischer Zeichnungen für die Munitionsfabrik, sei doch noch nichts entschieden. Zwischenruf von den Unionsbänken (!): „Das glaubt Ihnen doch kein Mensch!“

Kesseltreiben gegen Koalition in Hessen

Unternehmermacht gegen Wählerwillen

Fortsetzung von Seite 1

parlamentarischen Demokratie gerade von einer der drei Nachfolger der berüchtigten IG Farben ist nicht nur eine Drohung an die Adresse der SPD und der Grünen in Hessen, sondern an uns alle und an die Gewerkschaften im besonderen.

ein Vorgeschmack auf das, was wir im Vorfeld der Bundestagswahlen 1987 noch erleben werden. Vertreter des Finanzkapitals haben oft genug öffentlich erklärt, daß ihnen das, was sich seit 1982 an Wendepolitik in Bonn vollzogen hat, noch längst



Karikatur „taz“: Verhandlungsführer Bernd Messinger, Holger Börner

Um so schlimmer, daß ausgerechnet der Vorsitzende der IG Chemie, Rappe, auch diesmal nichts Eiligeres zu tun hat, als dem Kapital und der Reaktion Schützenhilfe zu leisten. Bereits in der letzten Woche hatte Rappe sich wegen „Verunsicherung der Wirtschaft“ gegen einen grünen Umweltminister ausgesprochen — passenderweise in der „Bild“-Zeitung. Und auf dem Parteitag der SPD in Niedersachsen am letzten Wochenende erklärte er, die Grünen dürften keinesfalls an der künftigen Regierung in Bonn beteiligt werden, weil sonst Investitionsentscheidungen der Unternehmer nicht zwischen Hessen und Bayern, sondern zwischen der Bundesrepublik und Frankreich fallen würden.

Als ob es den Unternehmern nur um eine Regierungsbeteiligung der Grünen ginge. Natürlich, darum geht es auch. Denn eine konsistentere Umweltpolitik muß nicht nur die Hoechst AG, die gerade zum zweiten Mal wegen Umweltverbrechen verurteilt wurde, fürchten. Aber gab es die Drohung mit dem Investitionsstreik nicht auch im Frühjahr 1983? Und zwar mit dem klaren Ziel, der CDU/CSU zum Wahlsieg zu verhelfen? Gab es massivste Drohungen und Erpressungsversuche seitens der Unternehmer nicht ebenfalls Anfang der 70er Jahre gegen Brandt und die von ihm angekündigte sozialdemokratische Reformpolitik?

Um die Ziele, um die es den Unternehmern damals ging, geht es ihnen heute auch noch. Was wir heute als Reaktion auf die geplante Koalition von SPD und Grünen in Hessen erleben, ist nur

nicht ausreichend. Sie wollen noch günstigere Bedingungen zur Erzielung von Profiten, noch freiere Hand bei der Ausbeutung. Anders herum: noch rigoroseren Sozialabbau, noch weniger Rechte für die Arbeiter und Angestellten, eine entscheidende Schwächung der Gewerkschaften. Dafür aber brauchen sie einen Wahlsieg der jetzigen Regierungsparteien und dafür werden sie kämpfen — notfalls auch gegen die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie.

Erfreulicherweise hat Ernst Breit sich im Unterschied zu Rappe mit deutlichen Worten gegen das Vorgehen der Unternehmer gegen die geplante Koalition in Hessen gewandt. Breit protestierte dagegen, daß ein Teil der hessischen Unternehmer „ihre ökonomische Verfügungsgewalt durch Investitionsverlagerung gegen eine demokratisch gewählte Landesregierung einsetzen“ wolle und sagte wörtlich: „Wer die Aktionswoche (des DGB — RM) kritisiert und gleichzeitig für Hoechst Verständnis signalisiert, stellt sich nicht das Zeugnis eines Demokraten aus.“ So ist es. Nur müßten diesen einsichtigen Worten auch gewisse Taten folgen. Z.B. die, daß die Erpressungsversuche der Unternehmer mit gewerkschaftlichen Protestaktionen beantwortet werden. Z.B. die, daß weitere Kamingsgespräche mit Leuten, die sich nach Breits eigenen Worten, nicht „das Zeugnis eines Demokraten ausstellen“, unterbleiben und die Gewerkschaften stattdessen den Weg des Klassenkampfes gegen das Kapital und die Reaktion einschlagen.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300 526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300 526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtspar-kasse Dortmund Nr. 321 000 290. Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 4336 91 und 4396 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abogebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehe. Dem „Roten Morgen“ liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, KG (NHT), KPD, PA“ bei.

Das nehmen wir nicht hin:

Nazi-Jubelfeier in Hamburg geplant!

Am 26. 10. 1985 will die Alt-Nazi-Organisation der SS, die HIAG, in Hamburg eine Jubelfeier zu ihrem 35-jährigen Bestehen im großen Rahmen durchführen. Das geht aus einer Erklärung hervor, die konspirativ an ihre Mitglieder verschickt wurde. Der genaue Treffpunkt wird — aus Angst vor Protesten — noch geheimgehalten.

Das Treffen ist von den Nazis offenbar als propagandistisches Gegengewicht gegen die gerade vor einem halben Jahr in der BRD und weltweit durchgeführten Gedenkwochen zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Faschismus gedacht.

Angesichts des gewaltsamen Todes von Günter Sare, der am 28. 9. bei einer antifaschistischen Demonstration in Frankfurt von der zum Schutz der NPD-Nazis aufmarschierten Polizei getötet wurde, ist die Ankündigung eine besondere Provokation und Herausforderung an die demokratische Öffentlichkeit Hamburgs.

Der Hamburger Senat hat in der Vergangenheit leider mehr als einmal bewiesen, wer bei solchen Anläs-

sen seinen Schutz genießt. Es sei hier z. B. an die Einsätze 1977/78 zum Schutz der Kühnen/ANS-Bande erinnert. 1980 wurde im Verlauf einer Anti-Strauß-Kundgebung Olaf Ritzmann von Polizisten im Bahnhof Sternschanze auf die Geleise vor eine S-Bahn getrieben und dadurch getötet.

Nach dem SS-Treffen befragt, erklärte der Senat, daß ihm davon nichts bekannt sei. Offenbar gedenkt er nicht, etwas zu dessen Verhinderung beizutragen. Trotzdem fordern wir ihn auf, die geplante SS-Veranstaltung zu verbieten.

Letztlich aber wird die Verhinderung der SS-HIAG-Provokation die Sache des entschlossenen Handelns der demokratischen Öffentlichkeit sein.

Wir rufen auf: Verhindert das SS-HIAG-Treffen in Hamburg oder anderswo.

Vom Hamburger Senat fordern wir: Verbot der geplanten SS-Gedenkveranstaltung.

Darüber hinaus fordern wir den Hamburger Senat auf, sich für ein Verbot der SS-HIAG und aller neofaschistischen Organisationen einzusetzen.

Unterzeichner dieses Aufrufes:

Antifa-Gruppe Horn, VVN/BdA Landesverband Hamburg, Kommunistischer Bund (KB), GAL, DKP Bezirksvorstand Hamburg, Sanitärgruppe Hamburg, Friedenskoordination Hamburg, Sozialistischer Schüler- und Schülerinnenbund (SSB), Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), Marxistischer Studenten-

verband (MSB Spartakus), Kinder von Bullenhuser Damm, Pax Christi/Gruppe Hamburg, BWK, Volksfront/LV Hamburg, KPD. Der Aufruf wird unterstützt von: Plenum der Erwerbslosen- und Jobber-Initiativen, Stadtteilgruppe Horn Blues, FAU/R, Gruppe Junger Anarchisten (GJA).



Fehlstart

Es war so schön ausgedacht: Wenige Tage vor der Aktionswoche des DGB wollte der Kandidat seinen künftigen Wählern schwarz auf weiß die arbeitnehmerfreundlichen Ziele seiner künftigen Regierungspolitik nahe bringen. So schön, wie es ausgedacht war, klappte es aber nicht.

Denn zwar konnte man im „Kölner Express“ schwarz auf weiß nachlesen, daß Johannes Rau z. B. gesagt hatte:

„Es gibt insgesamt 23 neue Gesetze, die in das soziale Netz einschneiden. Ich würde als Kanzler sicherlich alle Kürzungen im Sozialbereich rückgängig machen. Vom Mutterchaftsgeld über Schüler-BAFöG bis zur Arbeitslosenunterstützung. Was wir da im einzelnen planen, werden wir nach der Sommerpause 1986 im Wahlkampf erläutern.“

Aber am letzten Freitagabend, am Abend bevor die 600 000 gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit, gegen die arbeitnehmerfeindliche Politik der Bonner Regierung auf die Straße gingen, war aus schwarz und weiß bereits wieder ein verwaschenes grau geworden. Da stellte Johannes Rau nämlich selbstkritisch fest, er hätte sich „in der Tat differenzierter äußern“ müssen. Rau wörtlich: „Das Wort ‚alle Kürzungen‘ ist mindestens für eine Wahlperiode ein zu umfassendes Wort.“ Das, was er gemeint habe, sei, „daß die breiten Schultern der vielen nicht so belastet werden dürfen, sondern daß auch die, die starke Schultern haben, stärker belastet werden müssen.“ Aha.

Nach dem Grund dafür, daß Rau's wunderschöne Ankündigungen so kurzlebig waren, braucht man nicht lange zu forschen. Denn sobald sie im „Kölner Express“ erschienen waren, riefen sie nicht nur die erwünschte freudige Überraschung bei den Betroffenen hervor, sondern auch geharnischte Proteste bei Unternehmern und bei der CDU/CSU. Rau wolle den Staatsbankrott hieß es, er schüre den sozialen Unfrieden usw. usf. Und auch Rau's Parteikollege Vogel machte im Bundestag kein Hehl daraus, daß so viel Kampf gegen Sozialabbau ihm entschieden zu weit ginge.

Tatsächlich war es ja

auch nicht gerade ein billiges Wahlversprechen, was Raum im „Kölner Express“ abgegeben hatte. Den Sozialabbau wieder rückgängig zu machen, den die Wenderegierung vorgenommen hat, würde immerhin einige Milliarden kosten. (Obwohl mit der Zurücknahme dieser 23 Gesetze ja gegen die Massenarbeitslosigkeit selbst noch gar nichts getan wäre.) Rau hatte in seinem Interview wohlweislich nicht gesagt, wo diese Milliarden herkommen sollten. Aber den Unternehmern und der Reaktion reichte es auch so. Sie haben durch ihre Reaktion deutlich gemacht, daß sie eine Zurücknahme der Wendepolitik nicht hinnehmen werden. Johannes Rau wiederum hat deutlich gemacht, daß er dafür ein gewisses Verständnis aufbringt. Genau dieses Verständnis ging einer Reihe von Kundgebungsteilnehmern in Dortmund allerdings ab. Sie piffen Johannes aus.

Andere Ankündigungen aus dem „Kölner Express“ im Wortlaut:

• Streikrecht

„Wir müssen gewerkschaftsschwächende Gesetze verhindern. Wenn etwa die Bundesregierung ein neues Gesetz verabschieden sollte, das Arbeitslosenunterstützung verhindert, nur weil in einem anderen Tarifbereich gestreikt wird, dann werden wir dieses Gesetz rückgängig machen. Beamtete Streikbrecher müssen wir andererseits wohl durch eine neue gesetzliche Regelung verhindern, damit nicht Postbeamte bei Streiks gegen ihre eigenen Kollegen ausgespielt werden können.“

• Radikalerlaß

„Wir gehen davon aus, daß grundsätzlich jeder Bürger verfassungstreu ist, bis das Gegenteil festgestellt ist. Wir haben in Nordrhein-Westfalen schon lange keine Regelanfrage beim Verfassungsschutz mehr und brauchen sie auch nicht. Wir machen auch nicht aus einfachen Mitgliedern einer extremen Partei Märtyrer.“

• Zeitarbeitsverträge

„Wir befürchten dadurch ein Zweiklassenarbeitsrecht, das wir wohl wieder rückgängig machen müssen.“

• SDI:

„Die jetzige Bundesregierung denkt hier offenbar in verschiedene Richtungen: Strauß ist dafür, Genscher scheint dagegen zu sein, Kohl sitzt das aus, und sein Beamter Teilschick scheint die Richtlinienkompetenz an sich zu ziehen. Wir werden dagegen alles tun, um die Waffen auf der Erde zu reduzieren und im Weltraum zu verhindern. Falls bei der Regierungsübernahme ein SDI-Vertrag vorliegen sollte, werden wir darüber verhandeln, wie das Ganze rückgängig gemacht werden kann. Das gilt natürlich auch für den NATO-Doppelbeschuß.“

Wer ist die SS-HIAG?

Die HIAG bezeichnet sich als Traditionsverband der ehemaligen Waffen-SS. HIAG steht für „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Waffen-SS e.V.“. Sie ist faktisch eine Nachfolgeorganisation der Waffen-SS. Seit ihrer Gründung 1950 sorgt sie in mehr als 80 Verbänden auf Landes- und Kreisebene mit über 10 000 Mitgliedern für den Zusammenhalt der „alten Kameraden“.

Wenn man der Bundesregierung und dem neuesten Verfassungsschutz-Bericht glauben soll, handelt es sich bei den Mitgliedern der HIAG um verfassungskonforme Demokraten, die unter Hitler das Unglück hatten, statt zur Wehrmacht, zur Waffen-SS gezogen worden zu sein. Für die Verbrechen der SS tragen sie angeblich keine Verantwortung. Ihre heutigen Versammlungen werden als harmlose Traditionstreffen hingestellt, bei denen Erinnerungen ausgetauscht werden.

Bei den jüngsten Auseinandersetzungen um den Charakter der SS beim Bitburg-Besuch von US-Präsident Reagan sowie anlässlich der Proteste gegen das SS-Treffen in Nesselwang im Frühjahr dieses Jahres wurde von offizieller Seite wieder einmal diese Legende verbreitet, daß die Waffen-SS nichts anderes als ein 4. Wehrmachtsteil gewesen sei.

Tatsächlich aber wurde die SS als gesamte Organisation einschließlich der Waffen-SS in den Nürnberger Prozessen angesichts der von ihr ausgehenden Greuel insgesamt zur verbrecherischen Organisation erklärt. Sie wurde verboten und die Bildung jeglicher Nachfolgeorganisationen unter Strafe gestellt. Grundlage des Urteils war die Teilnahme der Waffen-SS an: „Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ... Verfolgung und Ausrottung der Juden, Brutalität und Tötungen in den Konzentra-

tionslagern, Übergriffe bei der Verwaltung besetzter Gebiete, Durchführung des Zwangsarbeiterprogramms und Mißhandlung und Ermordung von Kriegsgefangenen ...“ So die Urteilsverkündung vom 30. 9. 46.

Konkret bedeutete das die Entvölkerung ganzer Landstriche durch Massenerschießungen unter dem Vorwand der Partisanenbekämpfung „hinter den Linien“, die Auslöschung ganzer Ortschaften wie im französischen Oradour, wie im tschechoslowakischen Lidice u. a. M. Erwiesenermaßen waren Einheiten der Waffen-

SS auch an der Bewachung von KZs und an der „Sicherung“ von Vernichtungstransporten beteiligt.

Unser Protest richtet sich gegen diejenigen, die heute in der HIAG diese Tradition des Massenmords pflegen und feiern wollen.

Unser Protest richtet sich gegen die organisierte Traditionspflege des Faschismus durch die HIAG, mit deren Zulassung als angeblich verfassungskonformer Organisation praktisch das Verbot der SS und der SS-Nachfolgeorganisationen umgangen. Damit wird die Verharmlosung, Rehabilitation und

Verherrlichung des Nazi-Faschismus staatlich legitimiert.

Wir protestieren, weil mittels der SS-HIAG Faschisten von gestern Faschisten von heute heranziehen können: Wie die Spinne im Netz sitzt die SS-HIAG u. a. im Zentrum des neo-faschistischen Verlags- und Zeitungswesens. Sie macht „Traditionstreffen“ zusammen mit dem Reservistenverband der Bundeswehr, nicht allzu selten sogar mit Bundeswehr-Einheiten. Erst jüngst führte sie vom 23. 9. bis 5. 10. 85 ein sog. Freundschaftstreffen des „Traditionsverbandes der 6. SS-Division“ mit US-Kriegsveteranen durch.

Die organisierten Alt-SSler sind die ideologischen Ziehväter für militaristisches und rassistisches Gedankengut und Praktiken. Junge Menschen schließen sich ihren Kreisverbänden an. Hitler- und SS-Verehrer wie die Münchner Oktoberfest-Attentäter, wie Kühnen und seine militante ANS-Bande sind das Ergebnis.

Wir protestieren, weil die politisch Verantwortlichen in der BRD dieser Entwicklung nicht nur tatenlos zuschauen, sondern sie erst ermöglichen und sogar fördern. Ohne politische Weißwäsche von den regierenden Parteien aller bisherigen BRD-Kabinetts, ohne juristische Legitimation als „gemeinnütziger Verein“, d. h. Finanzierung aus Staatsmitteln, ohne polizeilichen Schutz gegen den jahrelangen Protest von Demokraten und Antifaschisten könnte diese Organisation nicht existieren.

Der Tod von Günter Sare zeigte erneut, auf wessen Seite die Staatsmacht in diesem Lande steht.

Angesichts dieser Tatsache muß die antifaschistische und demokratische Öffentlichkeit Hamburgs selbst die geeigneten Maßnahmen ergreifen und den nötigen öffentlichen Druck erzeugen, um diese neuerliche Nazi-Provokation zu verhindern.



Demonstration gegen FAP in Dortmund

Das Antifaschistische Forum Dortmund ruft zu einer Demonstration für die Forderung nach dem Verbot der FAP und aller neonazistischen Organisationen auf.

Die Demonstration beginnt am 25. 10., 17.00 Uhr an der Alten Steinwache, Steinstraße und endet mit einer Kundgebung in der Schlosserstraße, wo sich das Büro der FAP befindet.

Programma/Gerstetten (Schwäbische Alb)

Seit fünf Wochen im Streik

Seit fünf Wochen streiken 34 Kolleginnen und Kollegen des Gerstettener Autoradioherstellers „Programma“. Sie wollen erreichen, daß das Unternehmen die IGM-Tarifverträge rechtsverbindlich anerkennt. Deshalb soll ein Anerkennungsvertrag durchgesetzt werden.

Die Arbeitsbedingungen

Über die Arbeitsbedingungen bei Programma informieren die IGM-Streiknachrichten vom 7. Oktober:

„Im Frühjahr 1984 zog die Geschäftsleitung der Firma ‚Facon‘ von Dortmund nach Gerstetten auf die Schwäbische Alb. Mittels großen Versprechungen wurde aus dem Ruhrgebiet ein Stamm von jungen Facharbeitern gleich mitgebracht. Sie arbeiteten fortan in einem Betrieb, der sich jetzt „Programma“ nannte.

Aus den Versprechungen wurde nichts. 8,50 D-Mark brutto pro Stunde für eine Arbeiterin und 2000 DM/Monat brutto gab es für einen technischen Angestellten bis August 1984. Dann, erstmals nach zwei Jahren, konnte der Geschäftsführer Röhlich durch Warnstreiks zu einer Lohn- und Gehaltserhöhung von 3 Prozent bewegt werden.

Trotzdem liegen die Löhne der Programma-Kollegen nach wie vor bis zu 500 DM unter Tarif. Das Wort „Hungerlohn“ ist durchaus angebracht, wenn man als Arbeiterin netto nicht mal 1000,— DM monatlich nach Hause bringt und als Facharbeiter um die 1400,—.

Zum Vergleich: In den tarifgebundenen Metallbetrieben stieg seit Januar 1984 das Bruttoeinkommen um über 5 Prozent, und die Arbeitszeit wurde um 1,5 Std. pro Woche verkürzt. Bei Programma kann man noch nicht einmal von der Verwirklichung der 40-Stunden-Woche sprechen. Selbst die aus der Nazi-Zeit stammende, heute noch gültige Arbeitszeitordnung, die den Unternehmern äußerst großzügige Überstunden-Möglichkeiten gewährt, ist für die Programma-Bosse noch

oder gar zurückzufordern.“

Erbitterter Streik

Nach monatelangen ergebnislosen Verhandlungen über die Anerkennung der



nicht genug. Der Arbeitszeitrekord liegt bei über 150 Überstunden, also fast 330 Arbeitsstunden in einem Monat (normal sind 173 Std.). Arbeitszeiten von 20, 30 und bis zu 42 Stunden am Stück kamen vor. Monatelang wurde die Grenze von maximal 30 Tagen im Jahr, an denen Mehrarbeit geleistet werden darf, überschritten. Frauen leisteten „freiwillig“ gesetzlich verbotene Nacharbeit.

Wer bei dieser brutalen Überundenschinderei nicht mitmachen wollte, war ein schlechter Mitarbeiter, der den notwendigen Beitrag zum Aufbau des „jungen Unternehmens“ nicht tragen wollte. Das ließ man ihn fühlen ... Statt der tariflichen 30 Tage gibt es bei Programma nur 25 Tage Jahresurlaub — obwohl man gerade dort Erholung dringend nötig hat.

Prinzipiell werden Löhne und sonstige Leistungen „nach Nase“ verteilt. Per Einzelarbeitsverträge, die nach der Philosophie der Geschäftsleitung angeblich die „Verantwortlichkeit und den Entscheidungsspielraum des Einzelnen stärken“, hat Programma sich die Möglichkeit geschaffen, das Urlaubsgeld und tarifliche Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld) je nach Verhalten der Beschäftigten zu verweigern

Tarifverträge kam es am 16. September zur Urabstimmung: alle IGM-Mitglieder bei Programma stimmten für Streik.

Und dieser Streik läuft jetzt schon seit mehr als fünf Wochen. Den 34 Streikenden stehen ca. 40 Streikbrecher gegenüber. Von diesen Streikbrechern gehören aber nur zehn zur eigentlichen Programma-Belegschaft. Der Rest sind Leiharbeiter einer englischen Leihfirma und Kollegen, die bei der den gleichen Besitzern gehörenden Vertriebsfirma „Facon“ beschäftigt sind, die plötzlich ihre Beschäftigtenzahl von fünf auf 25 erhöht hat.

Jeden Morgen versucht die Geschäftsleitung, mit diesen Streikbrechern im Gefolge in Kleinbussen auf das Werksgelände zu fahren. Die am Tor versammelten Kolleginnen und Kollegen versuchen das zu verhindern. In dem 7000-Einwohner-Städtchen sind bei 34 Streikenden tagtäglich 80 Bullen aufgeboden, um den Streikbrechern Zufahrt zum Betriebsgelände zu verschaffen. Nach Schätzungen der Kollegen steht in der nahe gelegenen Polizeischule Goppingen eine weitere Hundertschaft in Bereitschaft.

Die Auseinandersetzung

zwischen Streikposten und Polizei wird von einem gegenüber gelegenen Gebäude der Stadt jeden Morgen mit einer Video-Kamera festgehalten.

Am 26.9. hat das Heidenheimer Amtsgericht die sattsam bekannte einstweilige Verfügung erlassen, derzufolge die Streikposten eine 3 Meter breite Gasse freilassen müssen usw. Justitia fällt diese Entscheidung über Nacht, brauchte aber eine geschlagene Woche, um die offenkundig rechtswidrige Aussperrung des Betriebsrats aufzuheben.

Die Geschäftsleitung versucht, dem Streik das Wasser abzugraben, indem sie „verbesserte“ Einzelverträge anbietet. Klar ist aber auch, warum sie diese verbesserten Einzelarbeitsverträge der Anerkennung der Tarifverträge vorzieht. Die Einzelverträge kann sie jederzeit kündigen. Nach dem Streik kann sie jeden einzelnen Kollegen wieder unter Druck setzen.

Darum bleibt die Forderung der Programma-Belegschaft nach vertraglich zugesicherter Anerkennung der Metall-Tarifverträge.

In ihrem Streik erfährt die Belegschaft viel Solidarität aus den baden-württembergischen IGM-Bezirk. Jeden Tag kommt ein Bus aus einer Verwaltungsstelle, werden Geldspenden und Resolutionen überbracht.

Die Arbeiterwohlfahrt Heidenheim hat ein Sonderkonto „Arbeitnehmer in Not — Arbeitskampf Programma“ eingerichtet: Bank für Gemeinwirtschaft ULM, BLZ: 630 101 11 — Konto 1021811500.

Neue Technologien und Frauen

Neue Technologien und Frauen — das sind die beiden Schwerpunktthemen der jetzt erschienenen Oktobernummer der „RGO-Nachrichten“. Zum Thema Frauen enthält die Nummer Berichte, Referate, Materialien eines Seminars zur gewerkschaftlichen Frauenpolitik, das gemeinsam von KPD-, GIM- und RGO-Frauen durchgeführt wurde und der Arbeitsgruppe des RGO-Kongresses. Außerdem eine Untersuchung zur Frauenarbeit und Frauenarbeitslosigkeit in Hamburg. Zum Technologie-Thema drei Thesenpapiere aus der Arbeitsgruppe auf dem RGO-Kongreß.

Zur Diskussion gestellt wird in der Nummer eine Untersuchung „Krisenreaktionen von Metallarbeitern“.

Die „RGO-Nachrichten“ können für 2,— DM beim Koordinationsausschuß der RGO (Postfach 410332, 4600 Dortmund 41) bestellt werden. Das Abo kostet 10,— DM im Jahr (Förderabo 20,— DM, Mitgliedsabo 30,— DM).

Törk Hansen klagt gegen Gewerkschaftsausschluß

Presseerklärung

Am 30. Oktober findet vor dem Landgericht Frankfurt eine Verhandlung statt, in der meine Klage gegen meinen Ausschluß aus der IG Metall behandelt wird.

Die Vorgeschichte: Ich war seit 1978 Mitglied der IG Metall. Noch im Verlauf dieses Jahres wurde ich Vorsitzender des Vertrauenskörpers der IG Metall im Sintermetallwerk Lübeck, dem Betrieb, in dem ich seit damals tätig bin. Anfang 1980 wurde ich zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt, eine Funktion, die ich seit dieser Zeit inne habe, jeweils wiedergewählt in zwei Betriebsratswahlen in diesem Zeitraum. Zudem wurde ich durch die Mitgliederversammlung der IG Metall in diesem Betrieb in die Vertreterversammlung Lübeck der IG Metall gewählt.

Im November 1981 teilte mir die Ortsverwaltung Lübeck zum ersten Mal mit, daß sie die Absicht habe, wegen meiner Mitgliedschaft in der Volksfront (für die ich 1980 in den Bundestagswahlen kandidiert hatte) Antrag auf Ausschluß aus der IG Metall zu stellen. Diese Absicht widerrief sie jedoch, nachdem in einer Unterschriftensammlung bei Sintermetall 80 Prozent der IG-Metall-Mitglieder sich gegen einen Ausschluß ausgesprochen und auch in der Vertreterversammlung Protest gegen den Ausschluß erhoben wurde.

Im Mai 1982 teilte mir dann dieselbe Ortsverwaltung plötzlich mit, sie habe doch Ausschlußantrag gestellt. Keinerlei neue Fakten führte sie an, sondern wie im ersten Anlauf — meine Mitgliedschaft in der Volksfront, die ich ja zu keinem Zeitpunkt bestritten hatte. Inzwischen ist klar, daß diese neuerliche Beschlussfassung auf massives Eingreifen höherer Ebenen der IG Metall hin erfolgte.

Ich habe gegen den dann vom Hauptvorstand beschlossenen Ausschluß Einspruch und Beschwerde vor allen möglichen Instanzen der IG Metall eingelegt und immer wieder meine Bereitschaft erklärt, meine vermeintliche Gewerkschaftsfeindlichkeit und die der Volksfront in einem ordentlichen Untersuchungsverfahren der IG Metall klären zu lassen. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, auf die sich der Ausschluß bezieht, aber sehen ein solches Verfahren nicht vor, und alle Instanzen wiesen meinen Einspruch, bzw. die Beschwerde ab. Die widersprüchliche Haltung der Ortsverwaltung Lübeck war kein Zufall. Sie resultiert aus der Tatsache, daß sie schlicht keinen Nachweis für meine vermeintliche Gewerkschaftsfeindlichkeit vor und auch nach meinem Ausschluß aus der IG Metall anführen kann.

Dennoch hat der Hauptvorstand auch den nochmaligen Versuch im Jahre 1984 eine außergerichtliche Klärung zu erreichen, abgeschlagen. Ich habe den Stellen der IG Metall erklärt, daß ich nur ungern den Weg der gerichtlichen Entscheidung gehe, da aber die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht einmal die Möglichkeiten eines Untersuchungsverfahrens zulassen und die IG Metall sich so hartnäckig allen Tatsachen widersetzt, habe ich mich schließlich dazu entschlossen. Ein entsprechendes Schreiben hat die Ortsverwaltung auf der Vertreterversammlung Lübeck im September 1985 gelesen.

Das Verfahren vor dem Landgericht Frankfurt soll nun klären, ob jemandem die wichtigste Bedingung gewerkschaftlichen Handelns — nämlich die Organisiertheit — entzogen werden kann, obwohl keinerlei Indiz für eine Schädigung der IG Metall durch die Mitgliedschaft vorliegt. Es soll zudem klären, ob der Verweis auf die Unvereinbarkeitsbeschlüsse jegliche Überprüfung des Einzelfalles überflüssig machen kann. Schließlich soll es klären, ob der Beschluß über die Unvereinbarkeit der Volksfront mit der Mitgliedschaft in der IG Metall rechts ist.

Lübeck, den 14. 10. 1985

Törk Hansen

Resolution des IGM-VK im Sintermetallwerk

Wir fordern, daß der Ausschluß unseres Kollegen Törk Hansen aus der IG Metall zurückgenommen wird. Dies erklären wir, die Vertrauensleute, die Betriebsräte im Sintermetallwerk jetzt, wo am 30. Oktober vor dem Landgericht Frankfurt in dieser Sache verhandelt wird. Dies haben wir immer erklärt, seit zum ersten Mal unserem Kollegen der Vorwurf der Gewerkschaftsfeindlichkeit gemacht wurde.

Wir kennen unseren Kollegen nun in einer achtjährigen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit, sechs Jahre davon ist er nun schon Betriebsratsvorsitzender. Wir fanden von Anfang an den Vorwurf der Gewerkschaftsfeindlichkeit gegen den Kollegen Törk Hansen völlig unberechtigt. Er ist in der ganzen Zeit, also vor und nach seinem Ausschluß, einer der Träger einer gewerkschaftlichen Arbeit bei Sintermetall, die so erfolgreich war, daß die Mitgliedschaft der IG Metall sich immerhin in dieser Zeit verdoppelt hat.

Seine politischen Auffassungen, seine Mitgliedschaft in der Volksfront, womit immer wieder sein Ausschluß begründet wird, dies war nie ein Hindernis in einer gemeinsamen gewerkschaftlichen Arbeit und der Arbeit im Betriebsrat. Deshalb war der Ausschluß gegen unseren Kollegen unbegreiflich von Anfang an. Damals haben 80 Prozent unserer Mitglieder im Betrieb sich in einer Unterschriftensammlung gegen den Ausschluß ausgesprochen. An dieser Stimmung hat sich bis heute nichts geändert.

Für uns gehört unser Kollege Törk Hansen in die IG Metall. Er braucht für uns nach Jahren der Zusammenarbeit nicht zu beweisen, daß er für die IG Metall ist und nicht gegen sie, das hat er durch seine ganze Arbeit bewiesen. Und diese Arbeit ist wichtig für uns — sie ist wichtig für die IG Metall. Deshalb werden wir nicht aufhören, seine Mitgliedschaft in der IG Metall zu unterstützen.

Die Betriebsräte

i.A. der Vertrauensleute der IG Metall

Warnstreiks bei Brauereien



Wie hier bei Henninger in Frankfurt fanden in der letzten Woche in mehreren hessischen Brauereien Warnstreiks statt. Zu den Protestaktionen hatte die NGG aufgerufen, weil seit zwei Monaten in der hessi-

schen Brauindustrie tarifloser Zustand besteht. Die NGG fordert 3,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Die Unternehmer haben bisher nur 2,9 Prozent angeboten.

In NRW hat die NGG für diese Woche Warnstreiks

angekündigt, nachdem die letzte Verhandlungsrunde ergebnislos abgebrochen wurde. Hier haben die Unternehmer 2,1 Prozent mehr Lohn und Gehalt geboten, während die NGG 4,1 Prozent fordert.

Betriebsrat bei Ford akzeptiert Personal- und Sozialabbau

Am Freitag, den 10.10.85 unterschrieb der Gesamtbetriebsrat bei Ford eine Betriebsvereinbarung, die 1635 Stellenstreichungen (1/4 aller Angestelltenarbeitsplätze) sowie einen Abbau von Sozialleistungen vorsieht. Die einzelnen Auswirkungen kann man dem Kasten entnehmen. Die Ergebnisse der Verhandlungen werden von der Mehrheit der Belegschaft gebilligt, zumal die meisten Kosteneinsparungen (neben den Einsparungen durch den Personalabbau) von außertariflichen Angestellten erbracht werden müssen.

Kleine Chronik

Seit ca. 1 Jahr vergeht kaum ein Wochenende, an dem nicht der Vorsitzende von Ford/Europa, Robert Lutz, davon sprach, daß bei Ford radikal Kosten gespart werden müßten. Es wurden auch die Gerüchte laut, nach denen ein ganzes Werk oder ein ganzer Produktionsstandort aufgegeben werden müßten.

Schließlich hieß es, die Produktentwicklung in Köln-Merkenich solle aufgegeben werden. Im Juni gab es Gespräche zwischen der Werksleitung in Köln-Merkenich und dem Betriebsrat der Produktentwicklung. In diesen Gesprächen machte die Geschäftsleitung klar: In Merkenich sollten die Personalkosten bis 1990 um 25 Prozent gekürzt werden, dann wolle man sich noch mal überlegen, ob die Produktentwicklung überhaupt noch zu halten sei.

Der Betriebsrat der Produktentwicklung akzeptierte diese Prozedur. Von nun an wurden Untersuchungen durchgeführt, wo denn Stellen gestrichen werden könnten. Gewerkschaftliche Aktionen wurden weder geplant noch durchgeführt.

Die neueste Entwicklung

Im September wurden die Betriebsräte der Ford-Werke mit folgendem Ultimatum konfrontiert:

Entweder die Produktentwicklung und einige andere Angestelltenarbeitsplätze (insgesamt 3500) werden aufgegeben oder der Betriebsrat solle sich überlegen, wie auf andere Weise Kosten gespart werden können.

Der Betriebsrat war natürlich gegen die totale Stilllegung. Wer jetzt aber gedacht hätte, daß die Gewerkschaftsmitglieder mobilisiert worden wären, z.B. mit Überstundenboykott o.ä. zu reagieren, der hatte sich ge-

täuscht. Auf einer Vertrauensleuteversammlung Ende September stellte ein Kollege (Der Betriebsrat Giusto) den Antrag, die Vertrauensleutekonferenz solle beim Betriebsrat die Einberufung einer außerordentlichen Betriebsversammlung beantragen. Mehrere führende Gewerkschafter sprachen gegen diesen Antrag und erreichten, daß er mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Offensichtlich fürchteten sie, daß die Betriebsversammlung zur Mobilisierung von Widerstand gegen diese Pläne der Geschäftsleitung dienen könnten.

Die Alternative des Gesamtbetriebsrats

Die Spitzen des Betriebsrates hatten da ganz andere Vorstellungen: Sie zückten den Taschenrechner und begannen, fleißig zu rechnen. Und es entstand ein dritter Plan, nämlich der Plan des Gesamtbetriebsrates, mit dem in fünf Jahren 1635 Arbeitsplätze vernichtet werden können. Eine Garantie der dann übriggelassenen Arbeitsplätze wurde nicht erreicht. Ford behält sich im Gegenteil vor, bei „wirtschaftlichen Einbrüchen“ Teile der Betriebsvereinbarung nicht einhalten zu müssen. (Dabei handelt es sich um Arbeitsplatzabbau mittels vorzeitiger Pensionierung sowie um eine 3jährige Verdienstgarantie bei Versetzungen).

Die Betriebsvereinbarung wird von der Mehrheit des Betriebsrates als großer Erfolg gewertet, da es doch gelungen sei, aus 3500 möglichen Stellenstreichungen 1635 zu machen. Der Betriebsrat könne es sich nicht erlauben, mit Arbeitsplätzen „zu pokern“ (mit Pokern meint er offensichtlich den gewerkschaftlichen Kampf), deshalb sei er für Zusammenarbeit mit der Geschäfts-

leitung bei den schwierigen Problemen.

Opposition gegen die sozialpartner-schaftliche Linie

Bei Ford regen sich im Augenblick nur wenige Kräfte, die gegen diesen Kurs der Betriebsratsmehrheit steuern. Sie begannen, Unterschriften zu sammeln für eine außerordentliche Betriebsversammlung. Als sie über 800 gesammelt hatten, erfuhren sie, daß eine Außerordentliche Betriebsversammlung für die kommende Woche einberufen werden sollte. Es war aber beileibe nicht der Druck dieser 800 Unterschriften, der die Betriebsversammlung durchgesetzt hatte. (Für eine Einberufung nach dem BVG wären knapp 6000 nötig gewesen).

Vielmehr war der Gesamtbetriebsrat der Meinung, bis zum geplanten Termin die Betriebsvereinbarung unter Dach und Fach zu haben.

Damit auch bloß nicht der leiseste Eindruck von lebendiger Demokratie entstehen konnte, wurde die Betriebsvereinbarung noch schnell einen Tag vor der außerordentlichen Betriebsversammlung von der Mehrheit der Betriebsräte verabschiedet (39 von 41 Betriebsräten stimmten für diesen Plan).

Auf der deutschen Betriebsversammlung (Bei uns werden Betriebsversammlungen getrennt in deutsch, italienisch und türkisch abgehalten) sprach nur ein Kollege gegen die Betriebsvereinbarung und gegen die Umstände ihrer Einführung. Dennoch wurde auch sein Beitrag mit Applaus bedacht.

Auf der italienischen Versammlung war die Mehrheit der Anwesenden mit der Haltung des italienischen Betriebsrates Giusto einverstanden, der der Betriebsvereinbarung zugestimmt hatte. Auf der türkischen Versammlung wurde über die Streichung der Angestellten-

plätze kaum diskutiert, was schließlich auch verständlich ist. Schließlich waren es bisher immer sie, die unter Kür-

zungen zu leiden hatten und Angestellte kennen sie in der Regel nur als Vertreter der Geschäftsleitung.

Die Auswirkungen der Kürzungen auf die Belegschaft werden in ihrer Bedeutung nicht so schnell gesehen (das war wohl auch der Sinn der Sache), zumal die Geschäftsleitung zu Anfang mit wesentlich einschneidende-

ren Maßnahmen gedroht hatte.

Es wird die Aufgabe der kämpferischen Gewerkschaftskollegen sein, über die Bedeutung der Kürzungen aufzuklären und klarzumachen, daß sie nur der erste Schritt sind, daß mit weiteren Einschnitten zu rechnen ist, vielleicht schon bei der Umsetzung der nächsten Tarifrunde.



Dortmund / Castrop-Rauxel / Wanne-Eickel

Hertie-Belegschaft kämpft um ihre Arbeitsplätze

Vor wenigen Wochen hatte der Hertie-Vorstand die Streichung des Weihnachtsgeldes angekündigt. Begründung: diese Gehaltskürzung sei notwendig, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Tatsächlich hatte der Hertie-Vorstand zu diesem Zeitpunkt die Pläne für die Schließung bzw. den Verkauf der Warenhäuser in Dortmund, Castrop-Rauxel und Wanne-Eickel bereits in der Schublade.

430 Beschäftigte in Dortmund und noch einmal 350 in den beiden anderen Städten sind von diesen Plänen betroffen. Die meisten von ihnen sind Frauen. Wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren, werden sie mit ziemlicher Sicherheit keine neuen Stellen als Verkäuferinnen mehr finden. Denn in Dortmund sind unter den jetzt fast 45 000 Arbeitslosen allein 4 000 Warenkaufleute. Offene Stellen für Verkäufer/innen gibt es da-

gegen im Moment 68.

Die Belegschaft bei Hertie ist entschlossen, für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu kämpfen. Anfang Oktober wurde per Unterschriftensammlung eine außerordentliche Belegschaftsversammlung erzwungen — um 17.00 Uhr mußte Hertie deshalb schließen. Letzte Woche Dienstag fand eine außerordentliche Belegschaftsversammlung statt, die um 9.00 Uhr morgens begann und bis 14.00 Uhr dauerte. Die Stimmung war ausgesprochen kämpferisch, und um die Mittagszeit zogen alle geschlossen auf die Straße und bildeten eine Menschenkette um das Kaufhaus herum.

Morgens hatte eine Dortmunder Frauengruppe vor den geschlossenen Kaufhaus Türen ein Solidaritätsflugblatt verteilt.

Höhepunkt der bisherigen Aktivitäten der Betroffe-

nen, aber auch der Solidarität waren bisher die Aktionen am Samstag, dem 19. 10. Die HBV sammelte an allen Eingangstüren von Hertie Unterschriften und verteilte ein Flugblatt, in dem sie aufrief, ins Kaufhaus zu gehen, mit den Verkäuferinnen zu diskutieren und ihre Solidarität auszudrücken.

Tatsächlich zogen auch während des gesamten Vormittags immer wieder Gruppen von Kundengebietsteilnehmern mit Transparenten und Schildern durch Hertie. Die Verkäuferinnen demonstrierten auf ihre Art, daß dieser Samstag für sie kein normaler Arbeitstag war — viele trugen große blaue Plakette der HBV mit der Aufschrift „Ich will Arbeit.“ Und für diese Forderung wollen sie auch weiterkämpfen. Denn noch ist keine endgültige Entscheidung gefallen.



Schluß mit der Politik für wenige



Broschüre zu den Herbstaktivitäten des DGB.
Preis 2,- DM
Bestellungen an:
Verlag
Roter Morgen

4600 Dortmund 30,
Wellinghofer Str. 103,

Die Kürzungen bei Ford

- Streichung von 1635 Angestelltenarbeitsplätzen bis 1990 (26 %)
- Veränderte Entgeltberechnung bei bezahlter Abwesenheit über den Rahmen eines Monats hinaus
- Streichung der Ford-Rehabilitationskuren
- Streichung der Zuschüsse für Abteilungsfeiern (5 DM/Jahr/Kollege)
- Streichung bei AT-Angestellten (Veränderte Berechnung von Überstundenbezahlung, Streichung oder Kürzung von bestimmten Pauschalen)

RM: Der Bundesfrauenausschuß der IG Bau Steine Erden hat sich jetzt einstimmig gegen (vermutete) Bestrebungen der Bundesregierung, das generelle Arbeitsverbot für Frauen im Bauhauptgewerbe aufzuheben, ausgesprochen. Die Gewerkschafterinnen sind für die Beibehaltung dieses Verbots, u.a. deshalb, weil die Arbeit am Bau für Frauen zu schwer sei.

P.: Dazu gibt es eine Menge zu sagen. Erstmal: In machen Bauparten ist die Arbeit auch für Männer zu schwer. Die sind dann auch mit 55 kaputt, wenn sie die schweren Hohlsteine schleppen müssen.

RM: Was wiegt denn so ein Hohlblockstein?

P.: Na, so 30, 35 Kilo. Oder wenn schwere Träger geschleppt werden müssen. Da gibt es heute zwar technische Hilfsmittel, aber in den kleinen Firmen wird das alles noch von Hand gemacht. Hier ist einfach ein gewerkschaftlicher Kampf notwendig.

In anderen Bereichen ist es aber auch heute schon ohne weiteres möglich, daß Frauen da arbeiten. Z.B. als Fliesenleger, das ist zwar auch schwere Arbeit, aber Frauen können das trotzdem.

RM: Aber das ist Baunebenberber?

P.: Ja.

RM: Und im Bauhauptgewerbe, was gäbe es da für Berufe?

P.: Da gäb's z.B. Kranfahrer. Da ist das zwar bei kleinen Firmen so, daß man auch die anderen Arbeiten mitmachen muß, mauern und so, aber das wär' schon was, was Frauen praktisch sofort machen könnten. Aber, ich meine auch, daß Frauen mauern könnten ...

RM: Aber du hast doch gerade gesagt, daß die Steine z.T. so schwer sind.

P.: Stimmt schon, aber die Männer, die am Bau arbeiten, sind auch nicht alle gleich stark. Man sagt zwar, daß Frauen ca. 30 Prozent weniger Kraft haben als Männer, aber das ja unterschiedlich. Unter den Männern am Bau gibt es auch Hänflinge, die sind dann eben findiger, tragen z.B. Sachen zu zweit, die andere allein tragen.

RM: Zu diesen Berufen gehört doch sicher auch Zimmermann. Da gab es doch schon mehrere Fälle, wo Mädchen eine entsprechende Ausbildung gemacht haben und dann dort nicht arbeiten durften.

P.: Ja, das ist genau dasselbe, die starken Männer da, die heben halt schwer, und dann gibt es eben Männer, die nicht so schwer heben können und eben pfiffiger sind, mehr den Kran für sich arbeiten lassen und so.

RM: Und was sagen die Frauen in der Bau Steine Erden so dazu?

D.: Die meisten Frauen sehen das ähnlich wie der Frauenausschuß. Ich kann mich an eine Diskussion bei der Bundesfrauenkonferenz erinnern, da waren sehr wenige Frauen dafür, daß Frauen im Bauhauptgewerbe arbeiten und eine Ausbildung bekommen können, und die Frauen, die dafür waren, waren gleich Emanzen. Es hieß dann z.B., die Frauen können doch nicht kranfahren, wie wollen die denn aufs Klo gehen, die Männer würden von oben runterpinkeln und die Frauen könnten das nicht; worauf wir gesagt haben, die Männer würden auch mal von ihrem Kran runtergehen und kurze Pausen machen und genauso könnten das die Frauen auch. Es hat ja auch Frauen als Kranführerinnen in Stahlbetrieben gegeben. Warum dann nicht auf dem Bau? Es kamen dann noch die Kisten mit der Hygiene, getrennten Klos und so, daß das kein Unternehmer machen

Frauen an den Bau?

Der Bundesfrauenausschuß der IG Bau, Steine, Erden hat sich vor kurzem einstimmig gegen den Wegfall des Beschäftigungsverbots für Frauen im Bauhauptgewerbe gewandt. Pläne dafür gibt es im Zusammenhang mit Attacken gegen Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen bei der Bundesregierung. Der Rote Morgen sprach über das umstrittene Thema „Frauen an den Bau?“ mit Doris, Mitglied eines örtlichen Frauenausschusses der IG Bau und mit Peter, einem Mann vom Bau, von Beruf Kranführer.

würde, ein zusätzliches Klo anschaffen usw. Wir fanden dagegen, daß es keine stichhaltigen Gründe gegen Frauen am Bau gibt. Wir wollen, daß Frauen eine freie Berufswahl haben. Wir glauben nicht, daß die Frauen sich alle auf den Bau stürzen würden, aber für die, die das wollen, muß es auch möglich sein. Für Architekturstudentinnen ist es ja auch möglich, daß sie auf dem Bau ihr Praktikum machen.

RM: Wie ist das denn mit dem Pinkeln vom Kran? Ist das Usus? Machst du das?

RM: Wie, überhaupt keine?

P.: Es gibt keine, das ist auch tariflich festgelegt. Auch der Ungerlernte, der meinetwegen Handlanger lernt, von dem wird heute auch schon so viel verlangt an Beweglichkeit und auch an Wissen, daß es dafür bereits seit einiger Zeit ein eigenes Berufsbild gibt. Es gibt natürlich welche auf dem Bau, die das nicht gelernt haben, aber die haben sich das angeeignet.

RM: Na ja, jetzt wäre es aber doch durchaus möglich, daß Frauen auf dem Bau vor allem für diese Handlangerdienste eingesetzt wür-

Unternehmer Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen, die den Laden dann übernehmen sollen. Die könnten dann eine Lehre machen und die anderen nicht.

P.: Das ist doch bei den Söhnen genau so.

D.: Das ist für mich sowieso nicht die Frage. Für mich ist die Frage, ob es Berufsverbote für Frauen gibt oder nicht. Wenn eine Frau einen Beruf lernen will, dann muß das auch möglich sein. Das meinen auch viele der jungen Gewerkschaftskollegen.

P.: Und in anderen Ländern gibt es das ja auch. Die kommen ja auch zurecht, die Frauen.

RM: Ihr habt jetzt gesagt, daß die Arbeit von Frauen auf dem Bau grundsätzlich möglich ist und die Probleme, die auftauchen können, differenziert zu betrachten sind. Welche Gründe sind denn denkbar, daß der Frauenausschuß einstimmig



P.: Ach, das gibt's doch nicht, das hab' ich noch nicht erlebt.

RM: Noch mal zurück zum Frauenausschuß. Ausgangspunkt für den Beschluß ist ja, daß die Frauen vermuten, daß die Regierung diesen Beschluß aufheben will. Vielleicht sind sie einfach grundsätzlich mißtrauisch gegen das, was die Regierung beschließt. Was meint ihr denn, warum die Aufhebung eines generellen Verbots durch die Regierung erwogen werden könnte?

P.: Was Fortschrittliches haben sie sicher nicht im Sinn. Im Hinterkopf haben sie sicher eine allgemeine Verschlechterung der Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen.

D.: Ja, das ist auf jeden Fall im Hinterkopf. Ich weiß, daß letztes Jahr ein Gespräch stattgefunden hat, wo Vertreterinnen der IG Bau gesagt wurde, daß an die Einführung von Leichtlohngruppen gedacht sei. Das wird jetzt immer als Begründung genommen. Aber eine Leichtlohngruppe kann ja nur durch die Tarifvertragsparteien eingeführt werden, das kann ja nicht die Regierung beschließen.

RM: Daß Frauen am Bau nur Hilfsarbeiterinnen wären, ist ein weiteres Argument des Frauenausschusses. Wie ist das denn überhaupt mit Facharbeitern und Hilfsarbeitern auf dem Bau?

P.: Hilfsarbeiter gibt's an sich nicht mehr auf dem Bau ...

den?

P.: Wenn richtig stramm gemauert wird, was natürlich nicht immer der Fall ist, dann brauchen die Löwen keinen Handlanger, sondern einen Maschinisten, der mit dem Kran die Sachen anbringt ...

RM: Wer?

P.: Die Löwen, das sind die Bauarbeiter.

RM: Trotzdem. Es ist natürlich möglich, das versucht wird, Frauen für solche Hilfstätigkeiten heranzuziehen. Nur ist das ja überall das Problem. Auch im Metallbereich, in dem sehr viele Frauen arbeiten, sind Facharbeiterinnen ja ziemlich selten ...

P.: Im Unterschied zum Bau ist die Arbeit da auch viel mehr strukturiert, da gibt es viel mehr Fließbandarbeit, wo ein paar Handgriffe nötig sind, die man sich in kurzer Zeit aneignen kann. Das ist aber auf dem Bau, vor allem in den kleinen und mittleren Betrieben, nicht der Fall.

RM: Wie ist das, glaubst du, daß in der Bauindustrie, seitens der Unternehmer, überhaupt die Bereitschaft vorhanden wäre, Frauen einzustellen?

P.: Das setzt natürlich erst mal die gesetzlichen Möglichkeiten voraus, na ja und dann ...

D.: Ja, da wird in der Gewerkschaft so argumentiert, daß es ja nur darum gehe, für die Töchter der

mig dagegen ist? Könnte das z.B. mit der Krise in der Bauindustrie was zu tun haben?

P.: Ja, auf jeden Fall.

RM: Sag doch mal kurz, wie die Lage da ist.

P.: Verheerend. Es gibt immer weniger Neubau, immer mehr Verlagerung auf Sanierungs- und Erhaltungsbaue, weil sich z.B. immer weniger Leute die teuren Häuser, Eigentumswohnungen und Wohnungen leisten können. Für das, was gebaut werden soll, gibt es aber viel zu viele Baufirmen. Die Zahlen sind unterschiedlich, aber es werden wohl in der nächsten Zeit rund 100.000 Bauarbeiter entlassen werden, das sind ca. 10 Prozent.

RM: Könnte man dann sagen, daß dieser Beschluß des Frauenausschusses ein Versuch ist, die knapp gewordenen Arbeitsplätze auf dem Bau für die Männer unter Verschluss zu halten?

D.: Ja, das ist ein Grund. Der andere Grund ist der, daß sie meinen, Frauen können das nicht. Das ist aber unlogisch. Denn Kabelspulerinnen beispielsweise müssen heute auch bis zu 35 Kilo tragen. Das ist schlecht, und ich bin natürlich nicht dafür, daß Frauen auf dem Bau so schwer tragen. Aber darum geht es ja nicht. Es geht darum, daß so getan wird, als stelle sich das Problem der schweren Lasten für Frauen ganz neu und zum ersten Mal, wenn sie auf dem

Bau arbeiten würden. Dabei müssen z.B. Krankenschwestern oft sehr schwer tragen. Aber darüber wird nicht geredet, denn das ist ja ein typischer Frauenberuf.

RM: Heißt das jetzt, daß du dafür plädiertest, daß das 15-Kilo-Gebot aufgehoben wird?

D.: Nein, dafür plädiere ich nicht. Ich plädiere dafür, daß dieses Gebot generell in allen Berufen eingehalten wird. Und außerdem nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer. Es muß mehr technische Hilfsmittel geben. Das ist auf dem Bau natürlich manchmal schwierig, zum Beispiel beim Mauern zusätzliche technische Hilfsmittel zu haben ...

P.: Das kannst du vergessen ...

D.: Ja, da wäre die Forderung, daß die Hohlblocksteine eben nicht mehr so groß sind.

RM: Gibt es so eine Forderung in der Gewerkschaft?

P.: Ja, diese Forderung gibt es. Es ist wissenschaftlich nachgewiesen, daß das Format z.B. der Euro-Steine einfach gesundheitsschädlich ist, u.a. für den Knochenbau.

RM: Wo soll die Gewichtsgrenze für die Steine sein?

P.: 15 Kilo ist schwer genug.

RM: Und über diese Forderung gibt es in der Gewerkschaft eine Diskussion?

P.: Ja und nein. Es gibt eine Arbeitsgruppe, aber an die Basis kommt ja bei uns nichts runter. Die Basis ist an dieser Diskussion praktisch nicht beteiligt.

Aber ich wollte noch was zu dem Beschluß sagen. Ich meine, der kommt zustande, weil die Gewerkschaft doch relativ rückschrittlich ist. Das hängt damit zusammen, daß der Bauarbeiter auf Grund seiner Arbeitsbedingungen z.B. auch nur schwer Zusammengehörigkeitsgefühl über seine Kolonne hinaus entwickeln kann. Und dementsprechend ist auch sein Verhältnis von Mann und Frau nicht das fortschrittlichste. Das ist ja auch so: dann kommt der Mann nach Hause mit seinen versauten Klamotten und erzählt, wie schlimm es wieder war. Da kann ich mir schon vorstellen, daß die Frauen dann auch eine bestimmte Haltung zu dieser Arbeit entwickeln.

RM: Klar, das ist ja auch so die allgemeine Vorstellung vom Bau: schwere Arbeit, was für harte Männer. Vielleicht spielt das ja auch noch eine Rolle, wenn es um Frauen am Bau geht — die Vorstellungen über die rauen Sitten, die zwischen den harten Männern dort herrschen.

P.: Das stimmt nicht. Bauarbeiter sind normale Leute, wir haben ein normales Arbeitsklima. Die Auswüchse, auf die du anspielst, die sind mittlerweile schon Legende. Ich hör' das noch von meinen Kollegen, was die früher immer angestellt haben, völlig besoffen ins Eors-Center gefahren, da die Tür zugenagelt und solche Sachen. Das ist heute aber nicht mehr so. Alkoholiker können sich auf dem Bau nicht halten. Dafür muß man da viel zu sehr aufpassen. Ansonsten ist der Umgangston nicht anders als in anderen Betrieben auch. In Frauenbetrieben werden auch Zoten erzählt ...

RM: Glaubst du denn, daß es in der Gewerkschaft Protest geben wird gegen diesen Beschluß?

P.: Nein.

D.: Ich glaube das auch nicht. Es gab zwar im Grundstein einen Leserbrief dagegen, den ich richtig fand, aber der war wahrscheinlich von der Handwerkerinnung und damit ist innerhalb der Bau Steine Erden wieder mal klargestellt, daß nur die Unternehmerfrauen dagegen sind.

RM: Vielen Dank für das Gespräch.

Diskussion um Ausländerwahlrecht in Bremen

Grüner Gesetzentwurf fordert Wahlrecht für alle

Im Rahmen der „Woche des ausländischen Mitbürgers“ haben die Grünen in Bremen einen Gesetzentwurf vorgelegt, der das Wahlrecht für alle Ausländer fordert, die sich seit mindestens drei Jahren in der Bundesrepublik aufhalten. Der Gesetzentwurf wird noch im Oktober in der

Bremischen Bürgerschaft eingebracht.

Zuvor hatte Innensenator Kröning angekündigt, daß es ein passives Wahlrecht für Ausländer bei den Wahlen zu den Ausschüssen auf Stadtebene geben solle, wenn sie seit mindestens fünf Jahren in

Bremen ihren Hauptwohnsitz haben. Das würde konkret bedeuten: Ausländer könnten auf deutschen Listen zu den entsprechenden Wahlen kandidieren — vorausgesetzt natürlich, diejenigen, die über die Aufstellung dieser Listen zu bestimmen haben, lassen sie kandi-

dieren. Ein aktives Wahlrecht dagegen wird abgelehnt. Deshalb ist dieser Vorschlag von Kröning selbst bei bestem Willen noch nicht einmal als kleiner Schritt in Richtung auf ein Wahlrecht für Ausländer zu werten.

Dagegen hat die Dortmunder SPD ange-

kündigt, daß sie auf einem Sonderparteitag im Januar 1986 das kommunale Wahlrecht für Ausländer beschließen wolle. Gegenüber der Presse wurde außerdem erklärt, daß ein solches kommunales Wahlrecht für Ausländer rechtzeitig vor den nächsten Kommunalwahlen

gesetzlich beschlossen werden solle. Man wird sehen, was daraus wird.

Wir dokumentieren im folgenden den Gesetzentwurf der Grünen und seine Begründung, weil wir glauben, daß er allen, die für das Wahlrecht für Ausländer eintreten, nützlich sein kann.

Betr.: Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes (Wahlrecht für ausländische Bürger)

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Artikel 1

das Bremische Wahlgesetz in der Neufassung vom 21. April 1983 (Brem GBI S. 307) wird wie folgt geändert:

§1 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

Wahlberechtigt sind alle Bewohner des bremischen Staatsgebietes, die am Wahltag ...

Sofern diese Bewohner nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sind, sind sie nur dann wahlberechtigt, wenn sie sich am Wahltag seit drei Jahren erlaubt in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. Die Dauer des rechtmäßigen inländischen Aufenthaltes wird nicht unterbrochen durch Zeiten, in denen sich ein Ausländer zur Erfüllung seiner Wehrpflicht oder nicht länger als sechs Monate ununterbrochen im Ausland aufgehalten hat.

Artikel 2

Das Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Begründung des Gesetzes zur Änderung des bremischen Wahlgesetzes (Wahlrecht für ausländische Bürger)

„Taxation without representation is tyranny.“ Diese Parole der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung im Kampf gegen die englische Krone, die ihnen Steuern abverlangte, sie aber vom Wahlrecht ausschloß, hat heute für die vielen Ausländer, die in der Bundesrepublik leben, eine neue Aktualität. Die Ausländer sind bei den Wahlen zum Bundestag, zu den Landesparlamenten und zu den Kommunalvertretungen weder wahlberechtigt noch wählbar. Den Entscheidungen dieser Parlamente sind sie aber voll unterworfen. Sie zahlen wie Deutsche Steuern, gehen ihrer Arbeit nach, und sind den Gesetzen genauso unterworfen wie deutsche Staatsangehörige.

Rund 7 Prozent der Bewohner des Landes Bremen sind Ausländer. In ihrer großen Mehrheit sind sie schon viele Jahre hier, eine langjährige berufliche und soziale Integration hat stattgefunden, so daß viele der hier lebenden Ausländer faktisch eingewandert sind

und sich auf unbestimmte Dauer in der Bundesrepublik niedergelassen haben. In der Bundesrepublik lag im September 1983 die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei knapp über 10 Jahren, und mehr als die Hälfte aller Ausländer sind vor 10 und mehr Jahren eingereist.

Das mit diesem Gesetzentwurf angestrebte Wahlrecht für Ausländer im Lande Bremen steht im Einklang mit dem Bekenntnis zur Würde des Menschen. Die Menschenwürde verbietet die Behandlung des Menschen als bloßes Objekt staatlichen Handelns und fordert die Anerkennung von Rechten, die ihm das Dasein als selbstbestimmtes Subjekt garantieren. Restriktive Bundesgesetze und eine einengende Verwaltungspraxis der Ausländerbehörden, das Unterworfensein unter ein Gesetzssystem, daß die Ausländer nicht beeinflussen können, verhindert eher, daß sich die Ausländer im politischen und kulturellen Leben in der Bundesrepublik einbringen und zu gleichberechtigten Mitbürgern werden.

Die politische Verantwortlichen, insbesondere Parteien und Mandatsträger, sahen sich gezwungen, sich intensiver mit den Problemen von Ausländern in unserem Land auseinanderzusetzen, da sie auch von deren Wählerstimmen abhängig wären. Die Einführung des Wahlrechts würde nicht ohne Auswirkungen auf das Bewußtsein der deutschen wie der ausländischen Bevölkerung bleiben. Die gleichberechtigte Teilnahme an Wahlen kann zur Bekämpfung der teilweise in der Bevölkerung bestehenden ausländerfeindlichen Stimmung und der zum Teil in der ausländischen Bevölkerung anzutreffenden deutschenfeindlichen Stimmung beitragen.

Mit der Gewährung des Wahlrechts für ausländische Mitbürger sind im Ausland gute Erfahrungen gemacht worden. Das aktive und passive Kommunalwahlrecht ist in Schweden, Dänemark und den Niederlanden eingeführt. In Norwegen und Finnland gibt es ein kommunales Wahlrecht für Ausländer aus den nordischen Ländern. In Irland gibt es ein aktives Kommunalwahlrecht für britische Staatsangehörige, in Großbritannien besteht Wahlrecht für Iren. In Schweden, Dänemark und den Niederlanden ist das kommunale Wahlrecht für

Ausländer mit mindestens dreijährigem Aufenthalt aus demokratischen und integrationspolitischen Erwägungen eingeführt worden. Von der einheimischen Bevölkerung ist die Einführung des Ausländerwahlrechts in diesen Staaten in hohem Maße befürwortet oder zumindest toleriert worden. In Schweden und Dänemark, wo auf Grundlage des geänderten Wahlrechts bereits Wahlen stattgefunden haben, hat dieses zu einem verstärkten

längerer, komplizierter Prozeß, der sich zum Teil über Generationen erstreckt und nicht erzwungen werden kann.

Die Diskussion über das Wahlrecht für Ausländer ist nicht mehr neu. Entsprechend haben darüber auch juristische Auseinandersetzungen stattgefunden. Es mehren sich in den letzten Jahren die Stimmen anerkannter Juristen, die gegen das Wahlrecht von Auslän-



„Nur für Deutsche“ — wie lange soll das noch gelten, wenn es um wählen und gewählt werden geht?

Interesse der Ausländer an gesellschaftlichen und politischen Systemen geführt, und zu einem besseren Zusammenleben beigetragen. (Vergleich Hakki Keskin, Menschen ohne Rechte?, Einwanderungspolitik und Kommunalwahlrecht in Europa, 1984).

Zur Einführung des Wahlrechts für ausländische Mitbürger gibt es politisch keine wirkliche Alternative. Das vom Senator für Inneres in Bremen vorgeschlagene passive Wahlrecht ausländischer Mitbürger zu den Beiräten fördert eher die Herausbildung der von deutschen Politikern ausgesuchten Ausländerfunktionäre, die keine demokratische Legitimation in der Gesamtbevölkerung haben. Die Verstärkung der Rechte von Ausländerbeiräten sind eher ein Alibi als eine wirkliche Mitwirkung an Entscheidungen. Der Verweis darauf, daß sich einige der hier lebenden Ausländer einbürgern lassen könnten und sodann das Wahlrecht hätten, führt eher zur Herausbildung eines privilegierten Teils von Ausländern. Darüber hinaus ist die Einwanderung und das Finden einer neuen Identität im Einwanderungsland ein

der keine verfassungsrechtlichen Bedenken haben. Beispielsweise sei hier verwiesen auf die Gutachten Schwerdtfeger für den 53. Juristentag, Rittstiegs für den Hamburger Senat und ein am 15. August 1983 vorgelegtes Gutachten für das Abgeordnetenhaus von Berlin. Der 53. Deutsche Juristentag hat sich 1980 in seiner Ausländerrechtlichen Abteilung mehrheitlich für ein Kommunalwahlrecht für Ausländer ausgesprochen. Ausgangspunkt hierfür ist, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland auf die Staatsform eines demokratischen und sozialen Bundesstaates verpflichtet. Das demokratische Prinzip verbietet es, einen Teil der in der Bundesrepublik Deutschland längerfristig ansässigen Bevölkerung in politischer Unmündigkeit und Ohnmacht zu halten. Gegenüber diesem überragenden Demokratieprinzip ist die Koppelung der „Deutscheneigenschaft“ mit dem Wahlrecht verfassungsmäßig nicht zwingend. Der Begriff „Volk“ muß nicht deutsch-national ausgelegt werden.

Das Argument, Ausländer hätten nicht die gleichen Pflichten wie Deutsche und

könnten deshalb auch nicht die gleichen Rechte beanspruchen, spricht eher für ein Ausländerwahlrecht. Niemand kommt nämlich auf die Idee, aus der Tatsache, daß nur deutsche Männer der Wehrpflicht unterliegen, deutschen Frauen das Wahlrecht abzuerkennen. Abgesehen von dieser bundesgesetzlich vorgesehenen Wehrpflicht unterscheiden sich die Pflichten der Ausländer nicht von denen der Deutschen.

Es ist deshalb letztlich darauf hinzuweisen, daß es in Wirklichkeit nicht um eine rechtliche Auseinandersetzung geht, sondern um den politischen Willen, das grundsätzlich zulässige Ausländerwahlrecht auch tatsächlich einzuführen.

Zu dem Gesetzentwurf im einzelnen:

Der Gesetzestext knüpft an Artikel 66 der Bremischen Landesverfassung, wonach die Staatsgewalt unmittelbar durch die Gesamtheit der stimmberechtigten Bewohner des bremischen Staatsgebietes, die ihren Willen durch Abstimmung (Volksentscheid) und durch Wahl zur Volksvertretung ausüben wird. Die Landesverfassung differenziert dann, wie die stimmberechtigten Bewohner des bremischen Staatsgebiets festzustellen sind. Für den Volksentscheid (Artikel 69) wird ausdrücklich festgelegt, daß nur deutsche Staatsangehörige, die das Wahlrecht zur Bürgerschaft haben, stimmberechtigt sind. Für die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit legt Artikel 75 der Landesverfassung dagegen fest, daß diese durch das Wahlgesetz bestimmt wird. Entsprechend dieser Systematik ist zur Einführung des Ausländerwahlrechts lediglich die Änderung des bremischen Wahlgesetzes erforderlich.

Die Gesetzesänderung strebt von vornherein das Wahlrecht zum Landtag an, obwohl häufig mehr ein Kommunalwahlrecht für Ausländer diskutiert wird. Es gibt jedoch keinen Grund, die Ausländer vom Wahlrecht zu den Landtagen und zum Bundestag auszuschließen, werden doch gerade in diesen Parlamenten die Entscheidungen getroffen, die die Ausländer grundlegend berühren. Darüber hinaus wäre für eine Einführung eines kommunalen Direktwahlrechts in der Stadt Bremen eine grundlegende Änderung des Wahlrechts erforderlich, da es eine

Direktwahl für die Stadtbürgerschaft als kommunaler Vertretungskörperschaft in Bremen nicht gibt, sondern diese zusammen mit dem Landtag mit einer Stimme gewählt wird. Angesichts der geringen Größe des Stadtstaates Bremen und dem engen Zusammenhang der Entscheidungen in Stadtbürgerschaft und Landtag, gibt es auch keinen vernünftigen Grund, dieses Wahlsystem aus Anlaß der Einführung des Wahlrechts für Ausländer zu ändern. Darüber hinaus erscheint es nicht zweckmäßig, die Frage des Ausländerwahlrechts möglicherweise mit der vielfach erhobenen Forderung nach einer Direktwahl der Beiräte zu verkoppeln. Sollte es in Bremen zu einer diesbezüglichen Wahlrechtsänderung kommen, erschiene es für die Grünen vielmehr selbstverständlich, daß auch die

Ausländer wahlberechtigt und wählbar sind. Schließlich verbietet sich eine Wahlrechtsänderung im Lande Bremen aus Anlaß der Einführung des Ausländerwahlrechts schon aus dem Grund, weil es eine schwer verständliche Diskriminierung der ausländischen Bevölkerung darstellen würde, das Wahlrecht deshalb zu ändern, um ihre Mitwirkungsmöglichkeiten auf die kommunalen Vertretungskörperschaften zu beschränken.

Der Gesetzentwurf will denjenigen Ausländern das Wahlrecht gewähren, die sich am Wahltag seit drei Jahren erlaubt in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. Eine solche Grenze erscheint notwendig, weil nur derjenige wahlberechtigt sein soll, dessen Schicksal von den Entscheidungen, durch die er betroffen ist und auf die er durch das Wahlrecht einwirken soll, auf Dauer oder für längere Frist abhängt. Gleichwohl ist die hier vorgeschlagene Zeitspanne von drei Jahren nicht zwingend. Zum Teil wird auch eine Frist von fünf Jahren diskutiert, der Gesetzentwurf hat sich für die 3-Jahres-Frist entschieden, weil das Wahlrecht nicht als Mitwirkungsrecht nach einer gelungenen Einwanderung verstanden wird, sondern die politische Mitwirkung als Voraussetzung für die gesellschaftliche und kulturelle Chancengleichheit angesehen wird. Darüber hinaus erscheint diese Frist zweckmäßig im Rahmen einer Angleichung an diejenigen europäischen Länder, die ein Wahlrecht für Ausländer bereits eingeführt haben.

Der Mörder Botha verteidigte die Hinrichtung des Patrioten Moloise. Er sagte, er werde sich seiner Pflicht „kommunistische Revolutionäre“ zu bekämpfen, nicht entziehen. Weiterhin lehnt Botha jegliche Gespräche mit dem ANC ab, dem er Festhalten an gewaltsamen Methoden, marxistische Ideologie und Verbindungen zur verbotenen kommunistischen Partei Südafrikas vorwarf.

In Bonn, wo vergangene Woche die gesamte Polit-Prominenz Bittbriefe geschrieben hat, und man nach der Hinrichtung „zutiefst bedauerte“, daß die internationalen Appelle ignoriert worden sind, wird sich nichts ändern. Regierungssprecher Ost erklärte auf einer Pressekonferenz nach Moloises Hinrichtung, es sei nicht daran gedacht, etwa die Visumpflicht für Südafrikaner einzuführen oder andere Boykottmaßnahmen gegen Südafrika zu ergreifen.

Unterdessen gehen die Kämpfe in Südafrika mit immer größeren Ausmaßen weiter. Nach der Hinrichtung Moloises wurde erstmals auch das Zentrum von Johannesburg, das fast ausschließlich von Weißen bewohnt wird, Schauplatz blutiger Auseinandersetzungen. Diese Ausweitung führte nach Agenturmeldungen zu einer „großen Beunruhigung“ der weißen Bevölkerung. Im schwarzen Vorort Soweto in der Nähe

Südafrika:

Botha — Mörder

Polizei am vergangenen Samstag Tränengas gegen 500 demonstrierende Jugendliche ein.

Zu den größten Aktionen kam es am vergangenen Wochenende in und um Kapstadt. Zwei Beerdigungen von Opfern des Rassistenterrors gerieten zu riesigen politischen Demonstrationen, die von der Polizei mit brutalen Mitteln angegriffen

wurden. Im Kapstadter Vorort Athlone wurden zunächst drei Jugendliche — 12, 16 und 20 Jahre alt — beerdigt, die von der Polizei aus einem Hinterhalt heraus erschossen worden waren. Bei einer zweiten Beerdigung wurde ein Moslem zu Grabe getragen, der bei den Demonstrationen nach dem dreifachen Polizeimord erschossen wurde. Zehntausende nahmen

an diesen Beerdigungen teil, trugen Transparente mit oppositionellen Losungen, hatten T-Shirts an, mit Bildern Moloises und Nelson Mandelas, trugen die Fahnen des ANC. Die Polizei setzte Tränengas gegen die friedliche Menge ein, schoß mit Plastikgeschossen und jagte einzelne Beerdigungsteilnehmer.

In London wurden über dreihundert Teilnehmer ei-

ner Demonstration vor der südafrikanischen Botschaft festgenommen. Mehr als 3000 Menschen hatten sich zusammengefunden, um gegen den Mord an den drei Jugendlichen und die Hinrichtung Benjamin Moloises zu demonstrieren. Die Demonstranten hatten sich vor die Botschaft gesetzt, wo die Polizei dann die Verhaftungswelle startete. Der westdeutsche



Nach der Hinrichtung Benjamin Moloises: Schwarze demonstrieren in Johannesburg.

Schriftstellerverband (VS) in der IG DruPa hat „Alle zivilisierten Länder“ aufgefordert, „endlich durch Taten gegenüber der südafrikanischen Regierung zu beweisen, wie ernst sie es mit der Einhaltung der Menschenrechte meinen.“ In einer Erklärung des VS heißt es, insbesondere die Bundesregierung sei aufgefordert, die Beziehungen zu dem „Gewaltregime in Südafrika“ abzubauen. Die sei ein „längst überfälliger Schritt“.

ANC

Aus einer Presseerklärung des Bonner Büros des ANC:

„Den Nationen, deren Appelle zur Rettung Moloises auf taube Ohren gestoßen sind, sagen wir: Was, wenn nicht dieser Akt der Barbarei zeigt, daß dieses Regime keinem Appell und keinen halbherzigen Maßnahmen zugänglich ist, daß es unbeirrbar seinen Kurs fortsetzen wird, solange nicht entschiedene und wirksame Maßnahmen getroffen werden. Wir rufen dazu auf, wir fordern, daß endlich umfassende und bindende Sanktionen gegen das Apartheidsregime verhängt werden! An unser Volk gerichtet sagen wir: Trauert nicht, kämpft!“

Kesseltreiben gegen die PLO

Artikel der Informationsstelle Palästina vom 18. 10. 85

Die US-Regierung assistiert mit hochgelobten Piratenakten und propagandistischem Sperrfeuer; Israels Ministerpräsident Peres formulierte das Ziel: die PLO vom möglichen Friedensprozeß im Nahen Osten auszuschließen. Zu diesem Zweck hat ein regelrechtes Kesseltreiben gegen die palästinensische Befreiungsorganisation und ihren Vorsitzenden Yassir Arafat eingesetzt, dem sich auch europäische Regierungen angeschlossen oder vielleicht eher untergeordnet haben.

Die britische Regierung vereitelt mit neuen Bedingungen und Formulierungen die Teilnahme der PLO an einem Gespräch zwischen dem britischen Außenminister und einer jordanisch-palästinensischen Delegation. Ein ähnliches Treffen mit der Exekutive des Europaparlaments wird wegen „Bedenken einiger Mitgliedsländer“ von der PLO selbst abgesagt. Die Einladung Arafats und Nujomas zur 40. Jahrfest der UNO wird auf amerikanischen Druck hin nicht ausgesprochen.

Die USA und Israel suchen mit fragwürdigen

„Beweismitteln“ das Mitglied des Exekutivkomitees der PLO, Abu'l Abbas, als Drahtzieher der Entführung der Achille Lauro darzustellen und seiner habhaft zu werden. Welcher Art die „Beweise“ gegen Abu'l Abbas auch sein mögen, nicht nur italienische Politiker, sondern auch Richter haben die Ausstellung eines Haftbefehls auf der Grundlage der amerikanischen „Beweise“ abgelehnt. Sogar Arafat selbst gerät in die propagandistische Schußlinie. Ein angeblicher Funkspruch, in dem Arafat Abu'l Abbas gratuliert, den US-amerikanischen Häschern entkommen zu sein, wird von den USA als Beleg für Arafats Komplizenschaft in der Geiselauffäre vorgestellt. Befremdlich oder nicht: Die US-Regierung hat diese Affäre offensichtlich dazu genutzt, die als „pro-arabisch“ geltende italienische Regierung Craxi zu stürzen.

Mit der Entführung der ägyptischen Verkehrsmaschine haben sich die USA auf direktes Geheiß ihres Präsidenten einer Verletzung des Völkerrechts und der internationalen Luftfahrt schuldig gemacht. Von der Kaperung der Achille Lauro unterscheidet sich diese Tat juristisch nur darin, daß kein Mord geschehen ist. Daß dem Rechtsbruch in den

USA — und auch in Europa — Beifall gezollt wurde, weist nicht nur auf eine Verrohung in den internationalen Beziehungen hin, die noch dadurch unterstrichen wird, daß Reagan sich weigert, der immerhin verbündeten ägyptischen Regierung wegen der Entführung der Verkehrsmaschine eine offizielle Entschuldigung zuteil werden zu lassen. Die USA haben die Gewalt als Mittel zwischenstaatlicher Beziehungen eingesetzt und ihre Hegemonie über Westeuropa in seltener Deutlichkeit herausgekehrt.

Schon die US-amerikanische Rückendeckung für den israelischen Luftangriff auf das Hauptquartier der PLO in Tunis hatte den engeren Schulterschluss zwischen Israel und den USA angedeutet. Unter dem schon satirereifen Motto des „Kampfes gegen den internationalen Terrorismus“ wird seitdem gezielt zugeschlagen.

Erklärtes Ziel der Drahtzieher und Hintermänner solcher „Gegenschläge“ auf den Präsidentenstühlen und Ministersesseln ist die Ausschaltung der PLO von jedem nahöstlichen Friedensprozeß. Recht und Moral weichen politischen Ordnungs- und Herrschaftsverhältnissen, die letztendlich

eben doch militärisch durchgesetzt werden. Verhandlungen können nur dem Recht einräumen, der Recht hat. Das macht ihre Gefahr für jene aus, die sich im Unrecht befinden. Es ist nicht das erste Mal, daß die israelisch-amerikanische Politik zum Mittel der Gewalt greift, um politischen Entwicklungen die ihr genehme Wende zu geben. Daß damit kein Ende, sondern eine neue Welle von Anschlägen und Entführungen geradezu provoziert wird, liegt im Kalkül solcher Machtpolitik. Ja sie lebt geradezu davon.

Nur zwei Beispiele: Dem Anschlag auf den israelischen Botschafter Argov in London folgte die lange geplante und gut vorbereitete Invasion der israelischen Armee in den Libanon auf dem Fuß; der Ermordung dreier Israeli in Larnaca die Bombardierung des PLO-Hauptquartiers in Tunis; eine militärische Operation, die schon Wochen vor dem Anschlag in Larnaca von israelischen Ministern angekündigt war.

Die israelische Regierung hat sich zu dem Terroranschlag in Tunis, der mehr als 70 Menschen das Leben kostete, bekannt und ihn verteidigt, ebenso wie die US-Regierung ihre Flugzeugentführung. Die PLO

hat sich seit der Zeit des Schwarzen Septembers von Terroraktionen distanziert, ohne indes ihren militärischen Widerstand gegen Israel aufzugeben. So wie dieser Widerstand im Libanon gerechtfertigt und notwendig war, um die israelische Armee zum Rückzug zu zwingen, so gerechtfertigt und notwendig ist er auch im besetzten Palästina.

Wenn Israel und die USA die PLO „erfolgreich“ von Nahostverhandlungen ausschließen können, dann, daran gibt es wenig Zweifel, werden jene die Oberhand gewinnen, denen der Spruch „Auge um Auge und Zahn um Zahn“ nicht nur als Erfüllung des Alten Testaments, sondern auch des Korans gilt. Daß dem selbst die USA und die NATO nicht unbedingt gewachsen sind, hat schon ihr wenig stolzer Rückzug nach den Bombenanschlägen in Beirut angedeutet.

Weder die israelisch-amerikanische Invasion in den Libanon, weder die Belagerung von Beirut noch der Krieg in Tripoli haben die PLO in die Knie zwingen können. Solange das Palästina-Problem und das palästinensische Volk existieren, werden die Palästinenser ein Mitspracherecht fordern, und solange wird es eine

PLO geben. Dies ist weder eine neue noch besonders kluge Einsicht. Erschreckend ist indes, daß sowohl aufeinanderfolgende US-Administrationen als auch europäische Regierungen sich dieser Einsicht in beharrlicher Ignoranz verschließen.

Das Kesseltreiben gegen die PLO und die harte Gangart der „blutig-eisernen Faust“ in den besetzten Gebieten mögen der israelischen und US-amerikanischen Regierung kurzfristige Erfolge verheißen. Frieden verspricht diese unnachgiebige Unrechthaberei nicht.

Was bleibt der PLO angesichts der Überfälle, Bombardierungen und Massaker, angesichts der Besetzung des eigenen Landes, der Ablehnung kompromissbereiteter Friedensinitiativen, der Verweigerung von Gesprächen und Verhandlungen? Sich zu wehren — mit allen Mitteln; bis auch die US-Regierung, die israelische und die letzten Europäer eingesehen haben, daß es keine Lösung des Palästina-Problems ohne die PLO, ohne das palästinensische Volk nicht geben kann. Ein deutsches Sprichwort sagt: „Wer nicht hören will, muß fühlen.“

gb, „Palästina Bulletin“ 42/85

Beitrag eines Frankfurter Genossen

Zu einigen Fragen der Programmdebatte

Das alte Programm, welches schon in der jüngsten Vergangenheit immer weniger Beachtung fand, ist meiner Auffassung nach nicht mehr brauchbar:

1. Es ist viel zu lang, zu umfangreich, es wurde damals versucht, alle Grundsätze kommunistischer Tätigkeit und Ideologie da hinein-zupacken.

2. Es wurde geschrieben in enger Anlehnung an die zur Zeit der Komintern geltenden Programme.

Überlegt werden muß jedoch, daß die heutige Zeit sich von der damaligen grundsätzlich unterscheidet:

- Das Sozialismus-Bild der Arbeiter war nicht geprägt vom Verrat der Revisionisten und der Entartung der sozialistischen Staaten.

- Es existierte eine starke Arbeiterbewegung mit starken kommunistischen und Arbeiterparteien.

Hinzu kommt die Frage, ob die damaligen programmatischen Festlegungen in Art und Weise sinnvoll und richtig waren. Eine Rückbesinnung auf grundlegende Äußerungen über den Sozialismus von Marx, Engels und Lenin ist dringend erforderlich.

3. Verschiedene Einschätzungen des alten Programms sind einfach falsch: Z.B. die Beurteilung, daß der Hauptfeind innerhalb der Arbeiterklasse der moderne Revisionismus sei; die linkssektiererische Abgrenzung zu anderen revolutionären Organisationen, die sogar Aktionseinheiten mit ihnen ausschloß; die völlig falsche und mechanische Einschätzung der Bewußtseinslage der Arbeiterklasse in Westdeutschland ...

4. Die nationale Frage nahm einen unverhältnismäßig hohen Stellenwert ein.

5. Die Beurteilung anderer kommunistischer Parteien oder sozialistischer Staaten und die Beziehungen zu ihnen standen ebenfalls zu sehr im Vordergrund.

Die Entwicklung unserer Partei erfordert insgesamt eine neue programmatische Grundlage und damit auch eine neue revolutionäre Praxis, die den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung trägt und vor allem den heutigen Stand der westdeutschen Arbeiterbewegung berücksichtigt.

Diese programmatische Grundlage sollte klar und deutlich, allgemein verständlich, jedoch auch kurz und knapp und an den Problemen der Arbeiterklasse anknüpfend, unsere Grundsätze kommunistischer Ideologie, die marxistisch-leninistische Beurteilung des Kapitalismus und Imperialismus und vor allem die zukünftige Gesellschaftsform, den Sozialismus, beschreiben **aber jedoch** Vorurteile der Arbeiterklasse gegenüber bestimmten Begriffen der kommunistischen Theorie (z.B. Diktatur des Proletariats) berücksichtigen.

Der vorliegende Programm-entwurf entspricht meiner Auffassung nach im Prinzip diesen Anforderungen.

Ein weiterer Vorteil der Programm-Diskussion stellt die Möglichkeit dar, sich auf dieser Grundlage mit anderen revolutionären Organisationen zu vereinen, so die (unnötige und oft bornierte) Zersplitterung der revolutionären Linien in der BRD Schritt für Schritt zu überwinden und so in gewissem Sinn für die bewußteren Teile der

Arbeiterklasse auch attraktiver zu werden.

Folgende Vorgehensweise für die Programm-Diskussion halte ich für sinnvoll:

1. Überprüfung der Inhalte des neuen Programms (unabhängig von einzelnen Formulierungen) auf deren Richtigkeit und Vollständigkeit

2. Behandlung der zentralen Frage, ob das neue Programm es unserer Partei ermöglicht, ein Herankommen an die Arbeiterklasse in die Wege zu leiten.

3. Ergänzungen und Änderungen.

In unserer bisherigen Diskussion des Programm-entwurfs nahm der Sozialismus-Teil den größten Rahmen ein; sind doch in diesem Bereich die gravierendsten Änderungen unserer bisherigen Auffassungen enthalten.

Rolle der Gewerkschaften/SPD

Eine Differenzierung der Einzelgewerkschaften (z.B. „Fünferbände“) oder eine politische Einschätzung des gesamten „DGB-Apparates“ sollte im Programm selbst nicht erfolgen. Das Hauptproblem dieser Frage ist auch hier das Herankommen an die einzelnen SPD-Mitglieder, bzw. die reformistisch beeinflussten Arbeiter und Gewerkschafter.

Wird dem DGB (und dazu zählen sich auch die einfachen Mitglieder) im Programm pauschal eine konterrevolutionäre Agentenrolle innerhalb der Arbeiterklasse zugeschrieben, werden — wie in der Vergangenheit auch — die Differenzen und das Trennende in den Vordergrund geschoben und damit ein Herankommen an die reformistisch beeinflussten Arbeitermassen erschwert — wenn nicht gar unmöglich. Richtig ist, das Gemeinsame, das Verbindende (z.B. die Kritik am Kapitalismus, an der Kohl-Regierung; aber auch an den eingeschworenen Sozialpartnern) als Grundlage einer Zusammenarbeit zu betonen und dann in der Praxis, anhand der Erfahrungen der Arbeiterklasse und durch unsere ständigen Versuche, die Frage Sozialpartnerschaft oder Massenaktion zuzuspitzen, den Einfluß der Reformisten zurückzudrängen. D.h. die fortschrittlichen Arbeiter auf unsere Seite (in unsere Partei) zu ziehen und die Opportunisten aller Schattierungen mehr und mehr zu isolieren, von den Massen zu trennen.

Allgemein platte Einschätzungen wie der „kapitalistische oder imperialistische DGB-Apparat“, oder den DGB als staatstragend oder prinzipiell konterrevolutionär darzustellen (oder auch in abgeschwächter Form) wird einer notwendigen Differenzierung der Gewerkschaften nicht gerecht und ist auch falsch.

Die heutige sinnvolle Trennungslinie innerhalb der Gewerkschaften verläuft an der Fragestellung „Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf“ und läuft somit auch **quer** durch den sogenannten Apparat.

Die Beurteilung der Gewerkschaften nach der Revolution — im

Sozialismus — läuft in eine ähnliche Richtung.

In der Gewerkschaft wird natürlich eine bedeutende Linksentwicklung ablaufen (müssen), um die Revolution überhaupt durchführen zu können. Die Mehrheit der Arbeiterklasse wird aktiv und aufopferungsvoll für den Sieg der Revolution und des Sozialismus kämpfen, ein weiterer Teil wird jedoch zögernd abwarten, die neue Entwicklung aber tolerieren (wie andere Teile des Volkes auch).

In den Gewerkschaften werden natürlich rückständige Ansichten vertreten sein (in bestimmten Fragen möglicherweise mehrheitlich) — der reformistische und opportunistische Einfluß wird nachwirken, und es gibt noch eine Vielzahl von rückständigen Auffassungen. Wie soll jetzt die Partei in den Gewerkschaften arbeiten? Sollen die Gewerkschaften als „Transmissionsriemen“ betrachtet werden, deren „Apparat“ von Kommunisten erobert wurde und die nach dem Prinzip „Befehl und Gehorsam“ die „richtige Linie“ über die Gewerkschaften in die Massen tragen? Und so etwa ihre Diktatur ausüben?

Das Grundproblem ist, wie die politisch fortgeschrittenere Organisation (Partei) es schafft, ihre Ziele und Ansichten in den Massen, in den „rückständigeren“ Organisationen durchzusetzen. Auch hier ist es notwendig, gemeinsam vorzugehen — gemeinsam (Kommunisten und Parteiloze, Gewerkschafter und andere) den Betrieb zu verwalten, die Politik der Kommune zu bestimmen, die Staatsgeschäfte zu führen. („Selbstverwaltung“)

Gleichzeitig muß von den fortschrittlichen Kräften die Frage „Gesellschaftlicher Fortschritt oder Rückkehr zum Kapitalismus“ zugespitzt, die Massen für den Kommunismus gewonnen und die Hauptvertreter der reaktionären Auffassungen durch diesen Klassenkampf isoliert werden.

Die Gefahr, die ein nicht gemeinsames Vorgehen beinhaltet, ist, daß sich die Partei von den Massen entfernt (trotz „Transmissionsriemen“), daß sie für das Volk und die Arbeiterklasse regiert, daß sie Schritte unternimmt, die von den Massen nicht oder nicht richtig verstanden werden, daß sie Entwicklungen zu sehr oder zu wenig beschleunigt, daß sich „Spezialisten“ herausbilden, die eine Monopolstellung einnehmen und daß sie letztlich revisionistisch entartet.

Daher ist es dringend erforderlich, daß z.B. bei der Verwaltung der Betriebe die Gewerkschaften und Betriebsräte beteiligt werden, daß ihnen die Verwaltung und Leitung der Betriebe überlassen wird. Dem widerspricht nicht, daß es einen gesamtgesellschaftlichen Produktionsplan gibt, der von der Regierung beschlossen wurde (nach gründlicher Diskussion in der Arbeiterklasse) und an den sich alle, auch die einzelnen Betriebsverwaltungen zu halten haben.

Insgesamt ist sicherzustellen, daß nichts über die Köpfe der Belegschaften und ihrer Vertreter (unter denen ja nun auch Kommunisten vertreten sein werden) hinweg an einer zentralen Stelle festgelegt wird, nach dem Motto: „Wir sind

die Arbeiterregierung des proletarischen Staates, was wir machen, ist ganz einfach im Interesse der Arbeiterklasse.“

Als kein Regieren der Kommunisten über das Volk, sondern ein Heranführen der Massen an die Regierungsgeschäfte. Bestimmte Besonderheiten unseres Landes wie die fast hundertjährige Existenz von Betriebsräten, müssen auf jeden Fall berücksichtigt und positiv verwandt werden.

Unsere bisherigen Vorstellungen über die Ausübung und Anwendung von Arbeitermacht (das wäre die Diktatur des Proletariats!) waren entweder überhaupt nicht vorhanden oder jedoch von falscher und schematischer Natur.

Direkte Demokratie

Prinzipiell entspricht dieser Absatz dem oben Gesagten. Nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch ihre Bündnispartner wie Kleinbürgertum, Intelligenz, Bauernschaft (wenn auch fast nicht mehr vorhanden), evtl. auch (noch einflussreiche) fortschrittliche Kräfte der nationalen, antimonopolistischen Bourgeoisie (mal sehen) sollten an den Regierungsgeschäften beteiligt werden.

Dies trifft vor allem für den kommunalen Bereich zu. Eine stärkere Selbstverwaltung (nicht im titolistischen Sinn) der Kommunen ist anstrengenswert — im Gegensatz zu einer starken Zentralregierung. Hauptziel sollte auch hier sein die gemeinsame Vorgehensweise zur Lösung eines bestimmten Problems, die Zuspitzung der Fragen durch die Kommunisten, die Entlarvung und aktive Bekämpfung der rückständigen und revisionistischen Kräfte und die Gewinnung der von ihnen beeinflussten Massen für den Kommunismus.

Grundrechte

Wie Marx und Engels schon forderten, muß der Sozialismus die in den bürgerlichen Revolutionen geschaffenen Grundrechte, die in allen bürgerlichen Verfassungen enthalten sind, einlösen, bzw. deren Wirklichwerdung sicherstellen. Dies umfaßt vor allem: Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Demonstrations- und Streikrecht und Koalitionsfreiheit. Besonders das Streikrecht bereitet vielen Genossen wohl Bauchschmerzen. Aber: Wenn es zu einem Streik im Sozialismus kommt, bedeutet dies folgendes:

1. Die Streikenden führen einen Abwehrkampf gegen etwas, was ihnen subjektiv schadet oder was sie für schlecht halten.

2. Die Partei kann eingreifen und versuchen, durch Überzeugungsarbeit die Streikenden vom Gegenteil zu überzeugen, oder, was genau so wichtig ist, einen eventuell begangenen Fehler korrigieren.

3. Daß es überhaupt zu einem Streik oder einer Protestdemonstration kam, sollte ein Alarmzeichen für die Partei sein, ist dies doch ein Zeichen, daß ihre Taktik gegenüber den Massen geändert werden muß (Entweder ist es der Partei nicht in ausreichendem Maße gelungen, die reaktionären oder rückständigen Ansichten und deren Vertreter zurückzudrängen oder berechnete Forderungen der Arbeiter, von der Partei als solche nicht erkannt, wurden nicht erfüllt, es entstand Unmut, der von reaktionären Kräften aufgegriffen und ausgenutzt werden konnte.)

4. Politische Streiks mit antisozialistischen Forderungen deuten auf gravierende Mängel und Fehler der Partei hin. Solche Situationen sind natürlich erst recht ein Grund,

das Streikrecht verfassungsmäßig zu garantieren. Interessant ist übrigens ein Vergleich zu heute: Die CDU, die natürlich gegen die Neufassung und Reform des hessischen Personalvertretungsgesetzes ist, argumentiert folgendermaßen: Die Kommunalregierung (Magistrat) ist von der Mehrheit der Bürger gewählt und dieser verantwortlich. Wenn jetzt die Personalräte „gruppenegoistische“ Ziele der Beschäftigten vertreten, ihnen dies durch eine freundlichere Gesetzgebung erleichtert wird, können die Interessen des Magistrates, sprich: „des ganzen Volkes“ nicht mehr ausreichend, irgendwann gar nicht mehr, vertreten werden. Es drohe eine „Rätediktatur“.

Die CDU versucht durch diese Argumentation den Beschäftigten der öffentlichen Arbeitgeber jegliche Mitbestimmungsmöglichkeiten zu nehmen und berechnete Forderungen abzubügeln. Wozu dann noch Tarifverträge mit den Gewerkschaften, die nächste Lohn- und Gehaltsrunde wird per Gesetz geregelt. Alles vor dem Hintergrund, die Interessen der ganzen Bevölkerung zu vertreten ...

Zulassung anderer Parteien

Anders als im zaristischen Rußland zum Beispiel existieren in Deutschland politische Parteien schon länger, sie haben daher auch eine besondere Tradition.

So hat das Bürgertum sich schon vor 1848 seine Parteien geschaffen. Später entstanden die Arbeiter- und kommunistischen / sozialistischen Parteien.

Seit 1919, der Novemberrevolution und dem entgeltigen Sturz der Monarchie, seit der Machtergreifung der Bourgeoisie und der Einführung des Parlamentarismus spielen die Parteien im öffentlichen Leben eine große Rolle.

Die deutsche Bourgeoisie hat es ausgezeichnet verstanden, die Parteien zur Sicherung ihrer Diktatur über das Volk zu benutzen. Durch einen Regierungswechsel, der groß angekündigt die Besserung im Vergleich zur vorherigen bringen soll, wird jedoch nur der eine Stiefel gegen den anderen ausgetauscht, mit der Illusion verbunden, eine völlig andere Regierung sei am Ruder. In der proletarischen Revolution werden diese bürgerlichen Parteien aufgelöst, verboten.

Nehmen wir jedoch an, eine Partei wie die Grünen oder die Demokratischen Sozialisten (oder die DKP) überleben politisch die Revolution. Oder die Sozialdemokratie hat noch relativ viele Anhänger, die sich während der Revolution jedoch abwartend verhalten haben und die neue Entwicklung tolerieren. Wäre es sinnvoll, diese Parteien im Sozialismus zu verbieten (und damit den bourgeois Parteien des Monopol- und Finanzkapitals gleichzusetzen)?

Zumal, wenn diese Parteien oder deren Reste nicht gegen den Sozialismus vorgehen würden? Wäre es nicht auch hier sinnvoll, mit diesen Kräften (die ja nicht einheitlich sind) zusammenzuarbeiten, eine Zuspitzung der Frage „Kapitalismus oder Sozialismus“ voranzutreiben, eventuell eine Spaltung herbeizuführen (die Anhängerschaft dieser Parteien in das Lager der Revolution zu ziehen), um dann die offen reaktionären jedoch auch isolierten Kräfte zu bekämpfen?

Dies hätte folgende Vorteile:

1. Die (offen) reaktionären Kräfte, die den Kapitalismus restaurieren wollten, würden sich in erster Linie in den legalen, kleinbürgerlichen Parteien versam-

meln. Wäre die kommunistische Partei die einzig zugelassene Partei, müßten die Reaktionäre dort ihr Glück versuchen.

2. Die Bündnisschichten, die nicht offen und ohne Zögern für den Sozialismus eintreten, könnten sich legal organisieren, aber ständig von den Kommunisten zur Beantwortung der wichtigen Fragen der Entwicklung des Landes gezwungen werden (durch den Klassenkampf innerhalb dieser Parteien), daß z. B. durch den Wettstreit der kommunistischen Partei mit den kleinbürgerlichen Parteien ein (Groß-)Teil der Mitglieder für den Sozialismus gewonnen werden kann.

Es gibt eigentlich nur Vorteile für die Entwicklung des Sozialismus wenn Parteien, die nicht für die Restaurierung des Kapitalismus eintreten, zugelassen werden und sich legal organisieren können.

Abbau des Staates (und der Partei)

Die Rolle des Staates im Sozialismus unterscheidet sich grundsätzlich vom bürgerlichen Staat: der kapitalistische und imperialistische Staat unterdrückt die überwiegende Mehrheit des eigenen Volkes und nimmt an der Unterdrückung anderer Völker aktiv teil; der sozialistische Staat unterdrückt nur die alte Ausbeuterklasse des eigenen Staates und geht gegen eventuelle Angreifer von anderen Staaten vor. Prinzipiell bedeutet dies, daß ein „Unterdrückungsapparat“ im bürgerlichen Sinn nicht erforderlich ist. Die Arbeiterklasse, ihre Partei und die Bündnisschichten der Arbeiterklasse werden durch den Massenkampf dafür sorgen, daß die alten Ausbeuter nicht durch eine offene Konterrevolution wieder an die Macht kommen.

• Der proletarische Polizeiapparat, Justiz eingeschlossen, wird noch einige Zeit in größerem Um-

fang bestehen, um die Feinde des Volkes niederzuhalten, bzw. abzuurteilen (natürlich unter wesentlicher Beteiligung der Arbeiter- und Volksmassen).

• Die revolutionäre Volksarmee, die maßgeblich zum Gelingen der Revolution beigetragen haben wird, wird ebenfalls noch einige Zeit bestehen. Ihre einzige Aufgabe wird jedoch die Abwehr der Feinde von außen sein; nicht jedoch die Militarisierung der ganzen Gesellschaft.

• Agenten, Spionage- und Geheimdienstaktivitäten dürfen sich, wenn überhaupt, nur gegen Feinde von außen richten — ihre Kontrolle durch die Volksregierung muß eindeutig festgeschrieben sein.

Die Rolle und Bedeutung des Staates sollte sich nach einiger Zeit mehr und mehr reduzieren und beschränken auf die Koordination und Organisation der öffentlichen Verwaltung und der Produktion. Und auf die Zusammenfassung und Auswertung der Regierungserfahrungen auf unterster Ebene, vor allem im kommunalen Bereich. Grundsätzlich muß angestrebt werden, daß die im Kapitalismus Regierten im Sozialismus zu Regierenden werden.

Dies ist der einzige Garant dafür, daß in späteren Zeiten, nach dem Aufbau und der Festigung des Sozialismus, die Epoche des Kommunismus überhaupt erst erreicht werden kann, daß dadurch auch das Unterdrückungsinstrument Staat und dann auch die kommunistische Partei (nach allen anderen Parteien) überflüssig werden.

Rolle der Partei

Klar ist, daß die Aufgaben und Funktionen der Partei nicht in den programmatischen Äußerungen festgelegt werden können; dies ist

Aufgabe des Statuts der Partei und des theoretischen Organs.

Eine Äußerung in der Richtung, daß die Partei jedoch keine Diktatur für sich beansprucht, ist sinnvoll, widerspricht sie doch direkt den Erfahrungen der Arbeiterklassen der Ostblockländer (die Äußerung an sich ist ohne Bedeutung; die SED könnte sowas auch unterschreiben).

Eine prinzipielle Festlegung der Aufgaben der Partei in folgender Weise (in Statut oder im theoretischen Sinn) ist sinnvoll:

1. Die Hauptaufgabe der Partei in jeder Phase der Revolution (vor während und danach) ist die bestmögliche Entwicklung des Klassenkampfes. D.h. daß in erster Linie die Ziele der Partei durch die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiter- und Volksmassen durchgesetzt werden. Dabei müssen die nationalen und entwicklungsbedingten Besonderheiten unseres Landes besonders berücksichtigt werden.

2. Die administrativen Bereiche (Verwaltung des Staates, Regelung der Produktion, Organisation der Staatsgeschäfte, Koordination der Erfahrungen), deren Problemstellungen hauptsächlich auch durch den Klassenkampf gelöst werden müssen, sind eine zweitrangige Ebene des Wirkens der Partei.

3. Alle Schichten des Volkes, in erster Linie jedoch die Arbeiterklasse, müssen von der Partei befähigt werden, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen.

4. Das Instrument der Überzeugung ist das überwiegende Mittel der Tätigkeit der Partei in den Massen.

5. Die führende Rolle der Partei ist nicht gottgewollt oder so. Ihre Grundlage ist ihre Anerkennung durch die Arbeiterklasse. Die führende Rolle der kommunistischen Partei muß immer wieder neu erkämpft werden.

W., Frankfurt

wurde und im Roten Morgen Nr. 37, 13.9.85 veröffentlicht wurde: „... haben sich Arbeiter/innen und Menschen aus anderen Schichten des Volkes freiwillig in der KPD zusammengeschlossen ... um mit Hilfe des wissenschaftlichen Sozialismus und der geschichtlichen und aktuellen Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung die jeweilige politische Lage zu analysieren und sich auf dieser Grundlage für wirksame Forderungen, Zielsetzungen und Vorgehensweisen in der Arbeiterbewegung einzusetzen“. Wenn man das sagt, kann man verlangen, daß die Bedingungen genannt werden, weswegen die Akkordbeseitigung nicht geht: Warum der Akkord erst einmal weiter beibehalten werden soll, wieso es nicht möglich ist, daß er sofort verboten wird, wie lange die Akkordarbeit noch weiter verrichtet werden muß. Ich denke, daß der Genosse Weiss, der seine Anwesenheit heute zugesagt hat, sich für die Debatte vorbereitet hat und zu diesen Bedingungen für die vorläufige Aufrechterhaltung des Akkords sich äußert.

Für die Aufhebung des Gegensatzes von Hand- und Kopfarbeit hält der Genosse Weiss es für „keine Lösung“, die Einheitsschule durchzusetzen. „Schlosser mit Abitur“, das bräute es nicht. Hier wird wohl offensichtlich der polytechnische Unterricht als „Schlosser mit Abitur“ gefaßt. Wobei eine Aufhebung der Trennung der Ausbildungsgänge meiner Ansicht nach schon gut wäre und einen beträchtlichen Fortschritt brächte. Wenn aber für den Genossen Weiss Einheitsschule keine Lösung ist, welche tatsächliche Änderung in der Ausbildung der Kenntnisse schlägt er als Schritt vor im Zusammenhang der Aufhebung des Gegensatzes von Hand- und Kopfarbeit? Was ist denn die Lösung? Wie soll die Schule aussehen? Wir können doch nicht davon ausgehen, daß mit einer bestimmten Arbeit eine bestimmte Ausbildung oder anders mit einer bestimmten Ausbildung eine bestimmte Arbeit von Natur aus festgelegt ist. Die geschichtliche Entwicklung des Kapitalismus hat die Arbeitsteilung in eine bestimmte Ordnung der Berufe verfestigt. Die Aufhebung dieser Arbeitsteilung und dieser Ordnung ist nur möglich in einer revolutionären Bewegung. Hier stellt sich dann die Frage des Charakters der sozialistischen Staatsstätigkeit: Tritt sie für Änderung oder Verteidigung ein? Ist sie etwa Garant dieser Art von Arbeitsteilung? Der Staat, der sich lasch verhielte, müßte sich nach dem Klassencharakter des Staates befragen lassen.

In dem Programmentwurf der KPD gipfelt das Übel des kapitalistischen Lohnsystems in der Arbeitslosigkeit. Von daher wird die Krise als das treibende Moment des ganzen Systems verstanden. sie rührt von den „miteinander konkurrierenden privaten Unternehmen“ her. Weswegen das „wirtschaftliche Geschehen den Dschungelgesetzen des kapitalistischen Marktes entrissen“ und die Konkurrenz der privaten Unternehmen beseitigt werden muß durch einheitliche Planung. Was denn die Krise treibt, wird nicht bezeichnet. Erwähnt werden im Programmentwurf Privateigentum, Profit und die Krise, sozusagen Quelle und Äußerung. Wie kommen die Verfasser des Programmentwurfs zur Vermittlung von beiden? Durch die Konkurrenz. Die tatsächliche Vermittlung ist aber die Ausbeutung in Wertform, die Mehrwertproduktion. Wenn man die Formulierung „Dschungelgesetz“ aus dem Programmentwurf draußen ließe, von der Genosse Weiss in seinem Artikel meint, daß man sie wohl auch raus-

lassen könnte, ist dem Programmentwurf keine Vermittlung zwischen Privateigentum und Krise mehr zu entnehmen. Solche Theorie über das Übel des Kapitalismus fällt hinter die Aussage des KBW-Programms zurück, in dem richtig gesagt wird, daß die Krisen die Abhängigkeit der Arbeitskraft und ihre Ausbeutung nur verstärken.

Diese Theorie, wie sie im Programm der KPD enthalten ist, ist nun aber eine schon früher gebrauchte Theorie, die jetzt wieder von anderer Seite in die Debatte eingebracht wird. In dem Band „SPD. Jenseits von Godesberg“ wiederholt Wolfgang Abendroth die schon früher von ihm vertretene Ansicht, was das Übel des Kapitalismus sei und wie er abzuschaffen sei. Er schreibt dort, „daß diese Partei (die SPD, d. Verf.) auch nach 1945 programmatisch zunächst noch die Transformierung der Gesellschaft durch Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise in Richtung auf sozialistische Produktionsverhältnisse mittels eines Systems ökonomischer Planung durch den Staat und sozialistische Selbstverwaltung gefordert hat. Vorstellungen von der Notwendigkeit einer solchen vollen gesellschaftlichen Umgestaltung, die die kapitalistische Steuerung des ökonomischen Lebens (und objektiv auch aller anderen Zweige gesellschaftlicher Tätigkeit) im Interesse des Profits der Einzelunternehmungen (oder ihrer Kombinationen) und damit die Gefahren, von denen wir in jeder Krise neu bedroht sind, beseitigt, sind ihnen (gemeint: „der Majorität in der SPD“, d. Verf.) fremd.“ „Aber es ist immer wieder erforderlich an sie („Zielvorstellungen einer sozialistischen Gesellschaft der Zukunft“, d. Verf.) zu erinnern, weil die Krisen der kapitalistischen Gesellschaft und die breite strukturelle Arbeitslosigkeit stets neu das Erfordernis sozialistischer Planwirtschaft auf die Tagesordnung stellen werden.“

Hier ist der Kern des Programmentwurfs der KPD zusammengefaßt. Oder sollten die Genossen der KPD doch anderer Meinung sein und sich gegen solche Theorie des Kapitalismus verhalten?

Abendroths Auffassung ist eine kritische Position gegenüber dem Kapitalismus. Sie ist eine entwickelte Position und hat auch eine bestimmte Verbreitung. Vielleicht kann man sie als vulgären Marxismus bezeichnen. Abendroth setzt dort an, wo das Übel des Kapitalismus am deutlichsten erscheint, an der Arbeitslosigkeit. Aber der gesellschaftliche Widerspruch ist in der Ausbeutung am größten. Hier muß der Ansatzpunkt der Kritik sein, weil es dieses Verhältnis durch die sozialistische Revolution zu beseitigen gilt. Auf seinem Wege gelingt es Abendroth, die Bestimmung der politischen Führung durch die Arbeiterklasse wegzuschieben. Aus dem Handeln für Arbeitslose entsteht kein Führungsanspruch, keine Befreiung der Ausbeuteten, wenn auch eine Änderung der Verhältnisse anvisiert ist. Bei Abendroth kommt die Kritik der Ausbeutung zu kurz, so daß die Arbeiterklasse nicht als revolutionäres Subjekt verstanden werden kann. Diese Theorie ist nun keine Neuentdeckung. Sie stand mit am Beginn politischer Bewegungen der sechziger Jahre, von denen die Entstehung und die Geschichte auch der KPD nicht zu trennen ist. Ich meine, statt linkssozialdemokratische Theorien zu rezipieren, sollten die Verfasser des Programmentwurfs der KPD diese Theorien kritisieren und in ihrer Presse die Auseinandersetzung gegen sie häufiger führen. — (gba, BWK)

Fortführung der Kritik am Programmentwurf der KPD

Die beiden Artikel „Fortführung der Kritik am Programmentwurf der KPD“ (vom Genossen gba, BWK) und „Zur programmatischen Diskussion, ihrer Bedeutung für die Einheit revolutionärer Sozialisten und den Kritikern des BWK (vom Genossen H. Weiss, KPD) erschienen bereits in den „Politischen Berichten“ 21/85. Sie stellen sozusagen die „zweite Runde“ der Debatte des Programmentwurfs des ZK der KPD zwischen BWK und KPD dar. Die erste Kritik des BWK „Dschungelgesetze beseitigt, Wertproduktion bleibt“ erschien in den „Politischen Berichten 16/85“ und im RM 31/32-85, die Antwort „Über Lohnarbeit und Vergesellschaftung“ im RM 33/34 und in den PB 18/85. Neben dieser zweiten Kritik und zweiten Antwort gab es auch noch einen Artikel der Genossen der KG (NHT) zu dieser Auseinandersetzung, den wir leider aus Platzgründen erst später veröffentlichen können.

Die Erwartung des Genossen Weiss (KPD), daß die in meiner Kritik an dem Programmentwurf der KPD (Pol. Ber. 16/85) angesprochenen Fragen erledigt wären mit seiner Erwiderung im Roten Morgen 33/34, 1985, halte ich nicht für berechtigt. Auch sonst hat das ZK der KPD die vielen Kritiken verschiedener Art nicht einfach durch einige Erwiderungen wegweisen können. Das ZK der KPD hat jetzt einen Antrag an den Sonderparteitag der KPD gestellt mit dem Ziel, „die vom letzten ordentlichen Parteitag beschlossene Tagesordnung im Punkt „Verabschiedung eines neuen Programms“ abzuändern in den Punkt: „Programmdebatte, a) Beschlußfassung über den Antrag auf Aufhebung des bestehenden Parteiprogramms; b) Verabschiedung eines Programmentwurfs“. Die im Text des Programmentwurfs enthaltenen

Probleme haben dazu geführt, daß keine Verabschiedung des Textes, sondern weitere Diskussion für erforderlich gehalten wurde. Das Programm der KPD hängt damit in der Luft, was so schlecht nicht ist, denn es kann weiter darüber diskutiert werden. Erledigt sind die angesprochenen Fragen also sicher nicht.

Der Genosse Weiss hat in seinem Artikel die Aufnahme der Forderung nach sofortigem Verbot der Akkordarbeit in ein kommunistisches Programm als „leeres Versprechen“ zurückgewiesen. Versprechen in einem kommunistischen Programm zu machen, halten wir in der Tat für äußerst problematisch. Wir halten es stattdessen für notwendig, in dem kommunistischen Programm Bedingungen für das anzugeben und zu begründen, was die Arbeiterklasse tun muß, damit sie sich selbst

befreien kann. Unsere Aufgabe besteht also darin, aufzuklären über den Weg der Selbstbefreiung. Wir hatten die Akkordarbeit als „Entfremdung in direktester Form“ begriffen: „Der Akkord ist das krasseste Beispiel für die Wertprinzipregelung. Im Akkord zerstückeln die Taktzeiten der jeweiligen Äußerungen des Lebens als Wertteile. Die Äußerungen des Lebens nehmen Wertgestalt an, werden unter wertlichen Gesichtspunkten betrachtet und interessieren nur noch als Maß für Reproduktionsmittel.“ Die Arbeiterklasse muß daher, im Besitz der politischen und gesellschaftlichen Macht, den Lohn auf Handgriffe gleich abschaffen. Sie muß das unbedingt, will sie nicht die Erscheinungen des kapitalistischen Wertgesetzes ungehindert bestehen lassen. Hier wird der Klassencharakter der Macht bestimmt: Verbietet sie die Akkordarbeit oder sichert sie den Akkord?

Was für Hindernisse sollen dem entgegenstehen, daß der sozialistische Staat die Akkordarbeit verbietet? Etwa, daß es in der DDR Normen gibt, wie der Genosse Weiss anführt? Das kann doch nicht im Ernst das Argument sein, das sofortige Verbot der Akkordarbeit hinauszuschieben.

Zur Frage der wissenschaftlichen Bestimmung der Ziele der Arbeiterklasse steht in einem Vorschlag für eine Präambel zum Statut der KPD, der als Diskussionsgrundlage von ZK der KPD vorgeschlagen

Zur programmatischen Diskussion, ihrer Bedeutung für die Einheit revolutionärer Sozialisten und den Kritiken des BWK

Voranschicken möchte ich, daß dieser Artikel nicht identisch ist mit dem mündlichen Beitrag, den ich als Gast auf dem Plenum des ZK des BWK gehalten habe. Der Grund liegt auf der Hand: Die schriftlich vorliegende Kritik des Genossen Baumann — die schon zu jener ZK-Sitzung vorlag nicht jedoch in ihrer Vorbereitung — verlangt, einige Akzente anders zu setzen, wie auch der Gang der Diskussion auf jener Sitzung. Nicht, daß ich aufgrund dessen mich zu grundsätzlich anderen Fragen zu äußern hätte — es handelt sich um eine Frage von Schwerpunkten.

Wegwischen?

Genosse Baumann meint eingangs, es sei mir, wie auch unserem ZK in vielen anderen Fragen, nicht gelungen, Einwände gegen den Programmtext kurzweilig wegzuwischen. Das allerdings meine ich auch — nur, daß das nie die Absicht war. Da scheint es mir schon wesentlich deutlicher, daß er seinerseits meint, mit — im wesentlichen — einem Kritikpunkt den ungeliebten Entwurf wegzuwischen zu können.

Was seine Einschätzung der Entwicklung der bisherigen Diskussion um diesen Entwurf betrifft, so sollte sich auch hier der Genosse Baumann vor allzu tollkühnen Interpretationsversuchen hüten — dazu später mehr.

Ich denke, daß der Genosse Baumann sich darum drückt, Antworten auf die Bedenken zu geben, die ich in meinem Artikel (RM 33/34, Pol. Ber. 18/85) gegen seine konkreten Forderungen vorbrachte.

Ich habe in jenem Artikel die Frage aufgeworfen, welcher qualitative Unterschied denn zwischen „Akkord“ und — etwa — „technisch begründbaren Normen“ bestünde. („Etwa“ — weil es da auch noch andere Vergleichsmöglichkeiten gibt).

Genosse Baumann dazu:

„Hier wird der Klassencharakter der Macht bestimmt. Verbietet sie die Akkordarbeit oder sichert sie den Akkord? Was für Hindernisse sollen dem entgegenstehen, daß der sozialistische Staat die Akkordarbeit verbietet? Etwa, daß es in der DDR Normen gibt, wie der Genosse Weiss anführt? Das kann doch nicht im Ernst das Argument sein, das sofortige Verbot der Akkordarbeit hinauszuschieben.“

Eine Passage, die man genau lesen sollte. Denn sie ist in mehrfacher Hinsicht recht gewagt.

Die Frage, die ich aufwarf war doch die, was es denn ernsthaft bringen soll, wenn ich ein Antreibersystem durch ein anderes ersetze, das im konkreten genau dieselben Auswirkungen hat, nur anders heißt. Dazu schweigt sich Genosse Baumann aus. Mit seinem offensichtlich leicht verächtlich gemeinten Hinweis auf die Existenz von Normen in der DDR versucht er, diesem Ausweichen eine andere Gestalt zu geben.

Ausdrücklich habe ich dort geschrieben, daß ich nicht meine, daß es falsch oder theoretisch unmöglich sei, die Forderung nach Verbot der Akkordarbeit zu erheben oder zu verwirklichen, so die Macht da ist. Wohl aber meine ich, daß dies nicht die Lösung des Problems ist. Sondern es kann gar noch, so wie Genosse Baumann es sagt, „Charakteristikum für die bestehende Macht“, sehr leicht in eine Oberflächenkorrektur ausarten. Weil die

Herangehensweise eine oberflächliche ist, weil sie eben nicht zu den Fragen vorstößt, die die wirklich entscheidenden sind für „den Charakter der Macht“, weil diese Fragen sehr eng verbunden sind mit der Frage Ausweitung oder Verengung bis zur Abschaffung der Warenproduktion.

Zu all dem äußert sich der Genosse Baumann nicht und auch auf der Sitzung des ZK des BWK, auf der ich anwesend war, fiel dazu kein Wort. Ich hatte in meinem Beitrag auf dieser Sitzung darauf verwiesen, daß meiner Meinung nach der Programmtext des ZK der KPD gerade solche Fragen durchaus grundsätzlich und in der Weise, wie sie sich heute nur behandeln lassen, behandelt. Nämlich mit der Frage von Enteignung, Verstaatlichung, Vergesellschaftung und gesellschaftlicher Planung. Bei der ganzen Auseinandersetzung diese grundlegenden Fragen der Produktionsverhältnisse außer acht zu lassen und sich ausschließlich auf den schwankenden Boden der Abschaffung einer, wenn auch der krassesten Form kapitalistischer Antreiberei zu begeben, erscheint ausgesprochen kurzsichtig.

Gewagt ist die These des Genossen Baumann aber auch in bezug auf die Einschätzung solcher Staaten, die sich selbst als sozialistisch bezeichnen. Wie ist es denn mit Akkordarbeit in der SU in den 20er Jahren? Oder mit den von ihm nebenbei erwähnten DDR-Normen von 53 bis heute?

Nein, ich denke nicht daran, die Kritiken des Genossen Baumann wegzuwischen zu wollen, im Gegenteil, ich möchte mich recht lange bei ihnen aufhalten, weil ich sie als einen Ausdruck einer ganz anders gearteten Herangehensweise an die Probleme der Arbeiterklasse und des Sozialismus begreife als die unsere, und als falsche Methode. Wenn man Einheit in der programmatischen Debatte um das sozialistische Ziel finden kann — und einen anderen gangbaren Weg sehen wir nicht — dann muß dabei klar werden, wo Einigungsmöglichkeiten gestärkt werden und wo nicht. Und wenn man diese Einheit nicht oder noch nicht erreichen kann, dann soll wenigstens klar werden warum nicht.

Muster?

Dasselbe Muster der Argumentation verfolgt Genosse Baumann auch bei der zweiten Streitfrage, der nach der Einheitsschule. Auch dort begegnet er meinem Einwand auf seine Kritik, daß dies keine grundsätzliche Lösungsmöglichkeit sei, mit der Gegenfrage, warum es denn keine Einheitsschule geben solle. In der Tat: Es soll sie geben, unbedingt.

Aber wenn Genosse Baumann fragt: „... welche tatsächliche An-

derung in der Ausbildung der Kenntnisse schlägt er als Schritt vor im Zusammenhang der Aufhebung des Gegensatzes von Kopf- und Handarbeit?“

dann denke ich, muß die Antwort lauten: Die tatsächliche politische Macht der Arbeiterklasse. Und auf dieser Grundlage zahlreiche Maßnahmen, von denen die Einheitsschule eine ganz wichtige ist. Tatsächliche Macht der Arbeiterklasse — das ist es, was wir in unserem Programmtext skizzieren wollten und keineswegs rosige Zukünfte ausmalen, wie es mancher wohl mißverstanden hat. Eine politische Ausgangslage, die die schnelle oder allmähliche Trennung der Arbeiterklasse von der politischen Macht verhindert. Geschieht dies nicht, und nur die Einheitsschule wird uns beschert, dann erst ergibt sich die Möglichkeit des „Schlossers mit Abitur“, die ich ansprach.

Das Muster der Gegenargumentation — nicht nur des Genossen Baumann, sondern auch zahlreicher Genossen des ZK des BWK auf dieser Sitzung — ist darauf ausgerichtet, die Frage sowohl der politischen Macht als auch der ökonomischen Verhältnisse zu ersetzen durch die eine oder andere Spezialfrage, die sehr wichtig sein mag, für sich genommen jedoch niemals den Sozialismus definieren kann. Es erscheint sehr analog der alten Suche nach einem zentralen Kettenglied oder sonstiger theoretischer Verrenkungen, es erscheint aber auch als ein Ausweichen vor grundsätzlichen Fragen.

Immerhin: Genosse Baumann hat in seinem zweiten Artikel darauf verzichtet, seinen ausgesprochen unmarxistischen Standpunkt zur Frage des Streikrechts im Sozialismus zu wiederholen, da sehe ich einen Fortschritt.)

Dieses Muster, von den zentralen politischen Fragen abzugehen, sie regelrecht zu vermeiden, zieht sich durch die Argumentation nicht nur in den einzelnen angesprochenen Fragen durch, sondern es gilt auch für die Grundsatzfrage, die hinter dieser Kritik steht, wie sie schon in der ersten „Diskussionsrunde“ deutlich wurde.

Sozialdemokratisch?

In verschiedenen Varianten versucht der Genosse Baumann für den BWK nachzuweisen, daß der Ansatzpunkt des Programmtextes des ZK der KPD sozialdemokratisch sei. Nun denn: Wenn es Vulgärmarxismus sein soll, in einem politischen Programm die gesellschaftliche Frage, die heute im Zentrum aller Debatten auch und gerade der Arbeiterklasse steht als Ausgangspunkt für den Lösungsvorschlag Sozialismus zu nehmen, dann möchte ich für meinen Teil lieber Vulgärmarxist sein, als jemand, der unbedingt seine eigenen politischen Fragestellungen behandeln will, auch wenn sie in der realen Auseinandersetzung nur eine dritt-rangige Rolle spielen. Aber so steht die Frage gar nicht. Nicht so, daß der BWK bzw. der Genosse Baumann der tiefstehende marxistische Denker ist und die KPD, bzw. der Genosse Weiss der klobige Vulgärmarxist. Nicht daß ich Anspruch

auf ersteres erheben würde oder unsere Partei sich durch besondere theoretische Leistungen auszeichnen würde, das ist nicht der Fall. Aber:

„Aus dem Handeln für Arbeitslose entsteht kein Führungsanspruch keine Befreiung der Ausgebeuteten, wenn auch eine Änderung der Verhältnisse anvisiert ist.“

So ein Satz ist eben kein Dokument tiefstehenden marxistischen Denkens, sondern er ist ganz vulgär falsch. Es geht nicht um ein „Handeln für Arbeitslose“, sondern es geht um die Vorstellungen der revolutionären Sozialisten zur Behebung des Problems, das von der Arbeiterklasse seit nunmehr schon längeren Jahren als das zentrale ihrer Stellung empfunden wird. Und da nützt es ebensowenig darauf hinzuweisen, daß der Grundwiderspruch ein anderer ist, wie etwa die Frage eines BWK-Genossen auf diesem Plenum, was denn mit dem Programmtext sei, wenn es keine Arbeitslosigkeit gäbe. Über die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf jene, die arbeiten, ist, im Gegensatz zu den Behauptungen des Genossen Baumann, im Programmtext sehr wohl etwas gesagt und zwar genau das, was er auch aus dem einstigen KBW-Programm anführt und was auch richtig ist. Währenddessen wäre es vielleicht sinnvoll, daß einerseits die Genossen des BWK zur Kenntnis nehmen, daß es diese Arbeitslosigkeit gibt, und zwar schon länger und keineswegs nur direkt konjunkturrell begründet, wie unterstellt wird, daß andererseits festgehalten werden soll, wenn es „sie nicht gäbe“ (was immer das auch für Schlußfolgerungen zuläßt), eben eine andere Frage, die dann die Hauptfrage der gesellschaftlichen Auseinandersetzung wäre, im Mittelpunkt eines politischen Programms der revolutionären Sozialisten zu stehen hätte.

Es dreht sich eben um ein Handeln — nicht „für“, sondern — „der“ Arbeiterklasse und nicht der Arbeitslosen.

Die These, die beim Genossen Baumann nicht ganz ausgeführt ist, aber von verschiedenen Genossen des ZK des BWK mit teilweise absurden Begründungen („Die Faschisten reden auch von Planung“) auf dem Plenum deutlich illustriert wurde, läuft darauf hinaus, wie ich schon in meiner ersten Antwort meinte, daß der Programmtext deshalb sozialdemokratisch sei, weil sein Kern die Planung der Wirtschaft zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit sei. Abgesehen davon, daß ich mich den lockeren Beurteilungen des Genossen Baumann über Wolfgang Abendroth keineswegs so ohne weiteres anschließen möchte, dreht es sich um etwas anderes. Es dreht sich darum, daß sich die Genossen zu wahren Absurditäten versteigen, um eine direkte Auseinandersetzung um die Frage der Gestaltung sozialistischer Verhältnisse nicht behandeln zu müssen.

Es kann ja wohl — bestenfalls — nur als Haarspalterei bezeichnet werden, wenn etwa so ein Einwand wie der von den Planungsüberlegungen von Faschisten oder Kapitalisten auf Überlegungen eingewandt wird, die von Enteignung usw. ausgehen (wobei die Genossen sicher auch Faschisten finden werden, die von Enteignung gesprochen haben.) Wenn der Genosse Baumann seinerseits dann meint, diese Ziele im Programmtext seien eine Rezeption linkssozialdemokratischer Theorien so wäre es wünschenswert, wenn er dazu den Anschein eines Beweises hätte. Der etwa darin bestehen könnte zu zeigen, welche linkssozialdemokratische Programmatik (so es sie in dieser Form gibt) ähnliche Ziele formuliert wie unser Programmtext. Das „Muster“ der

Argumentation bleibt eben: Man greife sich eine Frage heraus, vermeide grundsätzliche Auseinandersetzungen und verweise auf den Grundwiderspruch. (Für dessen Lösung dann was bleibt? Der Lohnkampf? Informationsflugblätter revolutionärer Sozialisten? Oder was?)

Absichten

Offensichtlich, das machen die bisherigen Äußerungen deutlich, besteht von Seiten des BWK nicht die Absicht, eine Auseinandersetzung insgesamt um unseren Programmtext zu führen. Was natürlich sein gutes Recht ist, nur sollte es dann auch so deutlich gesagt werden.

Offensichtlich besteht beim BWK auch nicht die Absicht, einen eigenen Programmtext vorzulegen. Was die beste Möglichkeit wäre, zu einer sinnvollen Debatte um Einheit zu kommen. Aber selbstverständlich ist auch das das gute Recht des BWK. Nicht sein gutes Recht allerdings ist es, mit Spekulationen über unsere Partei zu arbeiten, so etwa wenn der Genosse Baumann argumentiert, die KPD hinge programmatisch sozusagen in der Luft. Spätestens da erhebt sich die Frage der Ehrlichkeit. Denn: Zwar erklärt der BWK seinerseits, seine programmatischen Aussagen blieben gültig, in der Praxis ist die Politik des BWK aber längst in offenen Widerspruch zu seinem Programm.

Natürlich ist die Verabschiedung eines Programmtextes der KPD auf dem Sonderparteitag, die dieses ZK anstrebt, auch eine Festlegung des Charakters der allgemeinen Stoßrichtung und wesentlicher Aussagen eines Parteiprogramms. Die unsere Partei als Plattform sowohl für die politische Tätigkeit im Klassenkampf im allgemeinen, wie auch für die Debatte um die Einheit revolutionärer Sozialisten im besonderen als Grundlage betrachtet. Bei der wir sowohl für eine Debatte um Mängel, Fehler und fehlende Inhalte als auch für eine Debatte um mögliche Kompromisse offen sind und bleiben. Aber eben nicht für eine Debatte, die von unehrlichen Voraussetzungen ausgeht und die nötige grundsätzliche Auseinandersetzung meidet.

Unsere Absicht jedenfalls bleibt es, die Einheit revolutionärer Sozialisten im wesentlichen über die programmatische Debatte um die sozialistischen Ziele einer solchen vereinigten revolutionären Partei — die wir für dringend nötig halten — herzustellen, wie sich jede Partei über ihre Zielsetzungen definiert. Wir haben an verschiedenen Stellen unsere Gründe für ein so aufgebautes Programm ganz allgemein dargelegt — jeder Leser der „Gemeinsamen Beilage“ kann das leicht nachvollziehen.

Die Vorgehensweise des BWK, das zeigt sich nicht nur in diesen programmatischen Debatten, hat ihn nicht nur von seinem eigenen Programm mindestens genauso weit weg geführt, wie uns von unserem früheren Programm, sondern hat auch bisher bestehende Differenzen zusehends vergrößert. Und dies — aber dies sollte ein anderes Thema sein — beileibe nicht nur wegen der Art seiner Kritik an unserem Programmtext wie sie im Artikel des Genossen Baumann weitgehend dargestellt ist, sondern unserer Meinung nach in erster Linie wegen der wachsenden Annäherung an revisionistische Positionen in verschiedenen, für die programmatische Debatte wichtigen Fragen. Dieses jedenfalls, so denken wir, läßt sich weitaus konkreter nachweisen als Behauptungen, der Programmtext des ZK der KPD sei sozialdemokratisch geprägt.

Helmuth Weiss

Präsidium der gemeinsamen Vollversammlung der Leitungen bzw. Vertreter von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU/R, GIM, KG (NHT) KPD, PA

Mitteilung

Am 12./13. Oktober trafen sich die Leitungen bzw. Vertreter von BWK, FAU-HD (A), FAU/R, KG (NHT), KPD, PA. Die AAU war verhindert und konnte nicht teilnehmen. Als Gäste waren Vertreter der GIM, der Gruppe IV, Internationale und der SAG anwesend.

Die Vollversammlung billigte den Tätigkeitsbericht des Präsidiums und den Bericht der Beilagenredaktion. Die Vollversammlung beschloß die Erweiterung um die Gruppe Internationale Marxisten (GIM), deutsche Sektion der IV. Internationale. Sie beschloß ein Leitungstreffen für Mitte Januar 1986 zur Beratung über die bevorstehenden Bundestagswahlen 1987. Folgende weitere Beschlüsse wurden gefaßt:

Rundreise eines PAC-Vertreters

Die gemeinsame Vollversammlung beschließt:

1. Die der gemeinsamen Vollversammlung angehörenden Organisationen organisieren gemeinsam die Rundreise eines PAC-Vertreters, die Anfang 1986 stattfinden soll.

Gen. Mlambo, der Vorsitzende des PAC, wird in Absprache mit dem Vertreter des PAC in der BRD eingeladen, auf vier regionalen Veranstaltungen — z. B. in Hamburg, Hannover, Dortmund oder Frankfurt, München — zu sprechen. Darüber hinaus wird ein Vertreter des PAC bei der UNO eingeladen, auf weiteren, örtlichen Veranstaltungen zu sprechen.

2. Die der gemeinsamen Vollversammlung angehörenden Organisationen führen in Vorbereitung der Rundreise und in ihrem Rahmen eine Spendensammlung durch zur Unterstützung der Informationsarbeit des PAC. Das Ziel der Spendensammlung sind 20000 DM, auf Wunsch des PAC für zwei Satz- und Fernübertragungssysteme (einschließlich Installationskosten), mindestens aber 10000 DM für eine Einheit. Die Spendensammlung wird mit Ende der Rundreise abgeschlossen.

3. Die der gemeinsamen Vollversammlung angehörenden Organisationen geben zur Vorbereitung der Rundreise im Dezember eine gemeinsame Broschüre heraus, die die Geschichte des azanischen Befreiungskampfes dokumentiert und auch programmatische Dokumente des PAC veröffentlicht.

4. Für die Organisation der Tätigkeit wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich auf das Präsidium stützt. Sie sucht die Zusammenarbeit mit weiteren politischen Organisationen und Komitees.

Die gemeinsame Vollversammlung beschließt:

Sofortige Freilassung von Günter Sonnenberg

25 Rechtsanwälte aus der BRD und dem westeuropäischen Ausland fordern die sofortige Freilassung von Günter Sonnenberg.

Sie schreiben: „Seit Jahren wird Günter Sonnenberg, Gefangener aus der RAF, in Isolationshaft gehalten. Im Unterschied zu allen anderen Gefangenen wird die Isolationshaft an einem Haftunfähigen vollzogen. Gerade hieran wird die Dimension staatlicher Aufstandsbekämpfung deutlich und gerade hieraus ergibt sich die Legitimation, jetzt alles zu tun, um ihm ein Überleben zu ermöglichen. Das läßt sich letztlich nur erreichen, wenn Günter freigelassen wird.“

Günter wurde am 3. 5. 77 zusammen mit Verena Becker in Siegen verhaftet. Dabei kam es zu einer Schießerei mit der Polizei. Günter wurde durch einen Schuß in den Hinterkopf lebensgefährlich verletzt. Ein Geschos drang mehrere Zentimeter in seinen Schädel ein und zerteilte sich in der hinteren Hirnhälfte.

Unter dem Verdacht, den Generalbundesanwalt Buback erschossen zu haben, wurde der schwerverletzte Gefangene bereits 15 Tage später verhört, der Haftbefehl eröffnet. Erst 20 Tage nach seiner Verhaftung konnte ein Vertrauensanwalt zu Günter.

Im März 1978 begann in Stuttgart

Stammheim der Prozeß gegen Günter Sonnenberg. Er wurde zu lebenslanger Haft verurteilt.

Seit Anfang dieses Jahres wurden Günters Haftbedingungen durch weitere Besuchsverbote verschärft. Der makabere Beschluß des Landgerichtes Karlsruhe vom 4. 2. 1985 sagt dazu: „Denn wenn der Gefangene sich darauf beschränkt, seine Besucher aus dem terroristischen Umfeld auszuwählen, darf er sich nicht wundern, wenn er zunehmend vereinsamt.“

Auch nach einem epileptischen Anfall hat sich an Günters Haftbedingungen nichts geändert. Während anderen Gefangenen, bei denen Epilepsiegefahr besteht, zugestanden wird, daß sie in Gemeinschaftszellen mit Gefangenen ihrer Wahl untergebracht werden können, wurde sein Antrag auf Zusammenlegung mit Roland Meyer abgelehnt. Nicht nur die Haftbedingungen stehen der Genesung Günters entgegen. In der Dokumentation führen die Anwälte auch auf, wie Günters Forderungen nach medizinischer Versorgung abgeschmettert wurden. Seit nunmehr fünf Jahren wurde Günter nicht von einem Arzt seines Vertrauens untersucht.

Die Anwälte fassen zusammen: „Die Chronologie des Haftvollzugs von Günter Sonnenberg ist die Geschichte eines Programms gegen ihn, eines Programms, das auf seine Zerstörung zielt. Die konsequente Verhinderung seiner gesundheitlichen Rehabilitation durch den Staatsschutz hat Methode. Sie ist Ausfluß der kriegsmäßig geführten Aufstandsbekämpfung, die dem politischen Gegner das Recht auf Leben verweigert. Die rechtlichen Konsequenzen aus seiner Haftunfähigkeit, nämlich Freilassung und Rekonvaleszenz, stehen seiner Vernichtung im Sonderhaftvollzug im Wege.“

Die Organisationen der revolutionären Sozialisten unterstützen diese Forderung:

Sofortige Freilassung von Günter Sonnenberg
beschlossen am 12. 10. 1985

Konferenz zum Gesundheitswesen

Beschluß der gemeinsamen Vollversammlung von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU/R, GIM, KG (NHT), KPD, PA zur Durchführung einer gemeinsamen Arbeitskonferenz von Beschäftigten in Krankenhäusern bzw. im Gesundheitswesen

Je mehr die Kapitalisten durch Intensivierung der Arbeit die Gesundheit der Lohnabhängigen ruinieren, desto mehr verlangen sie Kürzungen im Gesundheitswesen. Die hohen sog. Lohnnebenkosten stören die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Kapitalisten, ihre Expansion. Deshalb behaupten sie, zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen müßte in den Krankenhäusern rationalisiert und Versicherungsleistungen gestrichen werden, um die Versicherungsbeiträge zu senken.

Die Beschäftigten in den Krankenhäusern wehren sich gegen die zunehmenden reaktionären Angriffe auf Lohn und Arbeitsbedingungen. Seit Jahren werden die Überstunden und Personalkürzungen bekämpft; mit Einführung neuer Schichtzeiten mit Spätdienst in die Nacht bzw. Wiedereinführung des geteilten Dienstes stoßen die Dienstherren auf heftigen Widerstand; gegen die Privatisierung von Putzdiensten und anderen gewerblichen Arbeiten im Krankenhaus finden Kämpfe statt; gegen die Kürzung der Ausbildungsvergütung der Krankenpflegeschüler fanden in allen Teilen der BRD Demonstrationen statt; gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens (Zivilschutzgesetz) widersetzen sich die Beschäftigten.

Trotzdem müssen die Beschäftigten in den Krankenhäusern eine Niederlage nach der anderen einstecken. Das führt zur physischen, aber auch psychischen Ruinierung. Nicht nur, daß sich das Pflegepersonal abrackern muß, trotzdem fehlt die Zeit, die Patienten mit dem Notwendigsten zu versorgen, d. h. das Pflegepersonal wird in die Rolle des Mit-

schuldigen bzw. Komplizen beim kapitalistischen Patientenbeseitigungsprogramm getrieben, was die Widerstandskraft lähmt.

Die Spaltung der Lohnabhängigen mit der Politik der „Kostendämpfung“ ist der Reaktion bisher gut gediehen. Die IGM hält die Arzneimittelkonzerne und die niedergelassenen Ärzte für schuld an der sog. Kostenexplosion im Gesundheitswesen und gibt ihren Mitgliedern Tipps für die Selbstbehandlung. Die ÖTV gibt bei den Wirtschaftlichkeitsprüfungen in den Krankenhäusern nach. Daß man „die Leute nicht künstlich am Leben erhalten“, sondern ihnen „beim Sterben helfen“ solle, ist weit verbreitete Ansicht. Daß Gesund-Sein angeblich Ergebnis persönlicher Anstrengungen, konnte die Reaktion besonders in jenen Kreisen verbreiten, wo wegen erträglicher Arbeit und guter Erholungsmöglichkeiten der Gesundheitszustand durchschnittlich gut ist. Der allgemeine Gesundheitsbegriff wird beseitigt zugunsten individualistischer (gesund sei an seine persönlichen Lebensumstände angepaßt), d. h. klassenmäßiger Definition. Diese Spaltung der Lohnabhängigen will die Bourgeoisie durch entsprechende versicherungsrechtlichen Konstruktionen untermauern.

Das Argument „Kostendämpfung“ hat nicht deshalb Anklang gefunden, weil Euthanasie bereits populär wäre, sondern weil so viel merken, daß trotz horrenden Ausgaben für das Gesundheitswesen der Gesundheitszustand nicht besser wird, oft im Gegenteil. Die reformistische Illusion, man könne die

Arbeiter und Angestellten ruhig schinden, wenn man nur genug Aufwand zur Reparatur treibe, ist mit bitteren Erfahrungen von Millionen widerlegt.

Wir müssen nachweisen, daß die Ruinierung der menschlichen Arbeitskraft durch die Kapitalisten die enormen Kosten im Gesundheitswesen verursacht (ganz abgesehen von dem unbezahlbaren Verlust an Lebensfreude und Lebensjahren), um die Beschäftigten in den Krankenhäusern und im Gesundheitswesen im Kampf gegen die laufende kapitalistische Rationalisierung erfolgreicher zu unterstützen und in der Diskussion um Kostendämpfung, insbesondere bei Diskussionen in den örtlichen Gremien der Krankenkassen, konkreten Auflagen gegen bestimmte Kapitalisten hinsichtlich Schonung der Gesundheit der Versicherten Geltung zu verschaffen.

Die Arbeitskonferenz soll am 7. 12. 1985 stattfinden und folgende Schwerpunkte auch in Arbeitsgruppen behandeln (welche Vorträge im einzelnen vorliegen können, muß mit den verschiedenen Organisationen auf der gemeinsamen Leitungsvollversammlung abgesprochen werden):

Der Kampf um den Lohn in den Krankenhäusern

- Stand der Vorbereitung der Tarifrunde und welche Forderungen wir unterstützen.
- Kann der Angriff auf die Ausbildungsvergütung der Krankenpflegeschüler zurückgeschlagen werden?
- Durch Privatisierung des Reinigungsdienstes, der Wäschereien und an-

derer gewerblicher Bereiche im Krankenhaus wird deren Lohn gesenkt und Lohnsenkung weiterer Teile der Belegschaften der Krankenhäuser der Weg gebnet.

Kampf gegen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen

- Auf welche tariflich festgelegten Rechte können sich die Krankenhausbeschäftigten beim Kampf gegen Überstunden berufen? Stand der Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung.
- Durch weitere Differenzierung der Beschäftigten auf Station wird Rationalisierung und Lohnsenkung betrieben.
- Verkürzung der Liegezeiten, mehr Untersuchungen in kürzerer Zeit, Einrichtung zentraler Dienste, computergesteuerter Personaleinsatz — alles führt zur weiteren Intensivierung der Arbeit.
- Wie können Wirtschaftlichkeitsprüfungen wirkungsvoll bekämpft werden?
- Die christlichen Krankenhäuser, Brutalität gegen Beschäftigte und Patienten.

Kampf gegen die kapitalistische Gesundheitspolitik

- Warum es unabdingbar ist, die Kapitalisten als Verursacher der Kostenexplosion im Gesundheitswesen zu überführen, und welche Möglichkeiten wir dazu haben.
- Kürzung von Versicherungsleistungen, insbesondere im Krankenhaus.
- Kapitalisten zur weiteren „Reform“ des Gesundheitswesens (BDA 1985).
- Was die Arzneimittelkonzerne an der Ruinierung der Arbeitskräfte verdienen.

Nachtrag

Anträge an den Sonderparteitag

Die folgenden Anträge waren bereits einige Zeit vor Abgabefrist ans ZK gesandt worden. Da aus den begleitenden Worten hervorging, daß sie als Post ans ZK zu verstehen waren, hatten wir sie nicht mit den Anträgen zusammen veröffentlicht. Der Genosse W. aus Kiel, Autor des Textes, teilte uns nun mit, daß er diese Punkte ausgesprochen als Anträge an den Sonderparteitag verstanden habe — deshalb die nachträgliche Veröffentlichung.

143

I. Zur Behandlung von Kritiken und Anfragen:

Der unter „3. Rechte der Mitglieder“ angeführte Passus „sich mit jeder Frage an jedes höhere Organ der Partei zu wenden“, sollte wie folgt ergänzt werden:

„Die angesprochenen Organe sind verpflichtet, innerhalb von (4 oder 6) Wochen schriftlich zu antworten. Die Antwort muß einen Vermerk der zuständigen Schiedskommission tragen, daß diese sowohl die Frage/Kritik als auch die Antwort zur Sicht bekommen hat.“

Begründung: Der oben angeführte Passus hat schon im alten Statut gestanden. In der Praxis sieht es jedoch oft so aus, daß Kritiken erst sehr spät, mündlich oder auch gar nicht beantwortet werden. Dies führt natürlich dieses Recht ad absurdum und demotiviert die betreffenden Genossinnen und Genossen. Der Satz zur Schiedskommission klingt zugegebenermaßen sehr bürokratisch, könnte aber eine bessere Kontrolle der Leitungen garantieren.

144

II. zur Rechenschaftspflicht der Leitungen:

Der unter „6. Parteiaufbau und innerparteiliche Demokratie“ angeführte Passus „daß die gewählten Parteiorgane zur regelmäßigen Berichterstattung über ihre Tätigkeit vor den Organisationen verpflichtet sind, durch die sie gewählt wurden“, sollte durch folgende Formulierung ersetzt werden:

„Die gewählten Leitungen sind grundsätzlich gegenüber der von ihnen vertretenen Basis rechenschaftspflichtig. (Über die Entlastung entscheiden die Organe, die sie gewählt haben.)“

Das bedeutet unter anderem:

a) daß Rechenschaftsberichte alter Leitungen rechtzeitig schriftlich den Zellen zugestellt werden, so daß diese die Möglichkeit haben, sie vor ihrer Delegiertenwahl zu diskutieren;

b) daß die nicht jährlich gewählten Leitungen Halbjahresberichte über ihre Arbeit für alle Mitglieder verfassen;

c) daß Leitungen in angemessener Ausführlichkeit über alle Kontakte mit anderen Organisationen (auch auf internationaler Ebene) schriftlich informieren.“

Begründung: Warum Rechenschaftspflicht nicht nur gegenüber den wählenden Organen, sondern gegenüber alle betreffenden Mitgliedern? Dies würde, in die Praxis umgesetzt, zu einer stärkeren Auseinandersetzung der Mitglieder mit der konkreten Politik der Partei führen und das überaus große Informationsgefälle von Dortmund abwärts ein wenig abbauen. Desweiteren würde es helfen, die Kluft zwischen Leitungen und Parteibasis zu verkleinern.

Überhaupt bin ich der Meinung, daß das bestehende Informationsgefälle, daß u. a. auch durch den unzuverlässigen Instruktionsweg gefördert wird, ein großes Problem für die innerparteiliche Demokratie ist. Das ZK muß sich, meine ich, dringend Gedanken machen, wie Abhilfe geschaffen werden kann. Als eine Möglichkeit schlage ich vor, die wesentlichen Inhalte der Instruktion in knapper Form den Mitgliedern schriftlich mitzuteilen, und zwar durchnummeriert, damit nachzuverfolgen ist, ob Instruktionen von den LBLs verschlampt werden. Den schriftlichen Weg halte ich für sehr wichtig, da mündliche Mitteilungen meist sehr schnell wieder vergessen werden.

Zu a) Meine bisherigen Erfahrungen mit Rechenschaftsberichten sind die, daß ihre Diskussion immer

dadurch erschwert wurde, daß sie zu kurzfristig vorlagen.

Zu b) Berichte können auch der Leitungsarbeit selbst dienen, da man durch sie gezwungen wird, sich selbst Rechenschaft über seine Arbeit abzulegen.

Zu c) Sollte eigentlich klar sein, Stichwort: Informationsgefälle.

145

III Anträge auf Einberufung von Parteitag:

Die Bestimmung über die Einberufung eines Parteitages auf Wunsch von mindestens einem Drittel der Mitglieder müßte genauer ausgeführt werden, damit es auch tatsächlich möglich wird und fraktionistische Unterschriftskampagnen o. ä. vermieden werden.

Ich schlage folgendes vor: „Die Mitglieder haben das Recht im parteiinternen Organ Anträge auf Einberufung eines Parteitages zu stellen. Diese Anträge müssen begründet werden, und es müssen Themen angegeben werden, die zu behandeln wären. Ist dies geschehen, stellen die Schiedskommissionen innerhalb von (6 oder 8) Wochen fest, ob sich für diesen Antrag ein Drittel der Mitglieder ausspricht.“

146

IV 2/3- bzw. 3/4-Mehrheiten: Ich schlage vor, daß sämtliche Bestimmungen über zwei Drittel und Dreiviertelmehrheiten gestrichen werden, da sie undemokratisch sind und dem Prinzip widersprechen, daß sich Minderheiten Mehrheiten unterordnen müssen. Sollten diese Bestimmungen mit Seitenblick auf das Parteiengesetz vorgeschlagen sein, halte ich dem entgegen, daß bürgerliche Gesetze in Fragen innerparteilicher Demokratie keine Bedeutung für uns haben dürfen.

147

V. Schiedskommissionen: Ich bin der Meinung, daß unser Statut Personalunionen zwischen Schiedskommissionen und Leitungen gleicher Ebene ausschließen

Fortsetzung auf Seite 13

Leserbriefe + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + +

Auswischen?

Betr.: Leserbrief zum Artikel „Weiter auf nichtmarxistischem Weg“ im RM-Nr. 40 vom 4. Oktober 85, Seite 11

Bei aller Kritik am DKP-Programm und den Thesen zur Vorbereitung des 8. Parteitag sollte die Kritik an der Politik der DKP ehrlich und dialektisch geführt werden. Im Vorwort zu den Thesen steht: „... Das Zukunftsziel der DKP ist eine sozialistische BR... Das Programm der DKP behält seine volle Gültigkeit... Wir erheben nicht den Anspruch, alle neuen Fragen zu stellen und schöpferisch zu beantworten.“ Das sollte man wissen, bevor man die Thesen kritisiert.

Die Revolutionäre stellen erst mal einhellig fest, daß diese Thesen keine Annäherung an Positionen des revolutionären Sozialismus sind, also eine konsequente Fortsetzung der bisherigen DKP-Politik. Wer sind diese Revolutionäre?

Die Rücknahme des Stationierungsbeschlusses rückt, so der Schreiber, bei der DKP „gänzlich unvermittelt plötzlich in den Hintergrund“. Die Friedensfrage erhält doch durch die Durchführung des SDI-Programms eine neue Qualität. Von daher ist es richtig, gegen die Beteiligung der westdeutschen Monopole am SDI-Programm zu kämpfen, ohne die Forderung nach Rücknahme des Stationierungsbeschlusses fallen zu lassen. Die Thesen beschreiben die Forderung zur Verhinderung der Militarisierung des Weltbaus, aber auch die Einstellung der Stationierung von Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern. Die angebliche Alternative zur SDI, Eureka, wurde Ende Mai bekannt, die Thesen erschienen Ende Juni. Von daher wäre es verständlich, wenn dieses Problem aufgrund der Aktualität (Redaktionschluß der Thesen/Druck der Thesen) nicht auftaucht. Wer sich mit der DKP-Politik auseinandersetzt, dem ist aufgefallen, daß am 31.05. ein Kommentar in der „UZ“ zu SDI und Eureka erschien. Der Kommentator lehnt das eine wie das andere ab. Warum will der Schreiber den Anschein erwecken, als wenn die DKP Eureka befürwortet?

„Zufällig kann es nicht sein, daß in diesen vier Thesen“ (übrigens von 37) „... zur Friedensfrage die Bundeswehr nicht auftaucht.“ Die DKP verschweigt die Bundeswehr. Aus Sympathie für diesen Staat? Soll der Kampf gegen/in der Bundeswehr also nicht (mehr) geführt werden? Denn das soll ja dieser Satz bezwecken, daß der Leser so denkt. Ich gehe davon aus, daß der Schreiber die Realität kennt: In dem Programm von 1978 (S. 30) ist die Haltung der DKP zum westdeutschen Militarismus dargestellt. Das DKP-Programm dürfte dem Schreiber geläufig sein. Auch in der Praxis wird gegen die Bundeswehr mobil gemacht. Soweit es die objektive Situation zuläßt. Wochen, bevor im RM/RR gegen die Wehrdienstverlängerung Stellung bezogen wurde, konnte man Forderungen hierzu in DKP-Publikationen nachlesen. DKP-Mitglieder gehen, ebenso wie KPD-Mitglieder, zur Bundeswehr, sofern sie stark genug sind. Während seiner Wehrpflicht schrieb Achim B. aus Leverkusen (vielleicht ist dieser Genosse dem einen oder anderen Artikel über seine Aktivitäten in Hamburg, wo er stationiert war. Diese Politik, die u.a. versucht, die Gewerkschaften in den Kampf einzubeziehen, kann jeder W-15-DKPlern nur gutheißen. Wer war es denn, die schon in den 50er Jahren den Kampf gegen die westdeutsche Militarisierung (z.B. Volksbefragung) aufgenommen haben.

Aus dem Zusammenhang werden die letzten vier Worte eines Kapitels aus den Thesen zitiert. Es heißt in den Thesen: „SDI ist keine „Verkörperung der Humanität“, sie drückt im Gegenteil das menschenfeindliche Wesen des Imperialismus aus. Auch die Behauptung, die Militarisierung würde den wissenschaftlich-technischen Fortschritt voranbringen, ist reine Demagogie. Die „Fort-schritte“ würden fast ausschließlich der Waffentechnik zugute kommen, für friedliche Zwecke aber kaum nutzbar sein oder durch militärische Geheimhaltung blockiert. Diejenigen Länder, die ihre Forschungskapazitäten in den Dienst von Reagans SDI stellen, würden damit letztlich den wissenschaftlich-technischen Fortschritt im zivilen Bereich sogar verlangsamen und ihre inter-

nationale Wettbewerbsfähigkeit schwächen.“

Aus dem letzten Halbsatz zieht der Schreiber den Schluß: die DKP macht sich Gedanken über die Aufrechterhaltung des Kapitalismus in Westdeutschland, in einer solch „krassen und eindeutigen Form doch nur selten“. Dann wird der Klassenzusammenarbeitsvorwurf aufgewärmt. Es geht in diesem Kapitel doch nicht darum, sich den Kopf der Bourgeoisie zu zerbrechen, sondern schlichte Fakten aufzuzählen. Hieraus den Vorwurf Klassenzusammenarbeit zu konstruieren, ist, wenn nicht bewußt dazu da, DKP-Politik zu diskreditieren, einfach sachlich falsch.

Davon ausgehend, daß die Friedensfrage heute die wichtigste im gesellschaftlichen Leben ist, ohne die Klassenwidersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu leugnen (was die DKP übrigens nicht tut), ist abzuleiten: Es muß verhindert werden, den Frieden (Zustand der nicht offen-militärischen Auseinandersetzung) in die heiße Kriegssphase laufen zu lassen. Es geht auch in keinster Weise darum, den status quo, d.h. Plünderung der sog. dritten Welt zu akzeptieren. Der Kampf gegen jegliche Schweinereien dieses Systems geht weiter. Aber: die Abwendung eines atomaren Infernos, damit die grundlegende Voraussetzung für den Fortbestand der menschlichen Zivilisation und letztlich auch für den Fortgang der gesellschaftlichen Fortschritte, sprich Sozialismus, ist die wichtigste und erste Aufgabe jeden Revolutionärs. Mit wem kämpfen wir zusammen um die Erhaltung des Friedens? Der Schreiber stellt die „Aktionseinheit mit kapitalistischen Kräften“ in den Vordergrund. Das soll eine der Hauptbestrebungen der Thesen sein. Auch in der „Demokratischen Volkszeitung/die tat“ werden „öffentlich Angebote an die bundesdeutschen Kapitalisten ausdrücklich gemacht“. Mir sind diese Angebote, trotz regelmäßigen Lesens der DVZ/tat nicht bekannt. In welcher Ausgabe werden diese Angebote gemacht?

Ich denke, folgendes Zitat ist nicht als Aktionsbündnis mit kapitalistischen Kräften zu werten: Die Friedensbewegung sei massenhafter und breiter geworden. Sie vereint heute „Arbeiter und Angestellte, Wissenschaftler, Ärzte, Pädagogen und andere Angehörige der Intelligenz, Bauern, Handwerker und selbst Offiziere und Unternehmer. Sie umfaßt Kommunisten und Sozialdemokraten, radikal-demokratische Kräfte, Liberale, Christen und zählt sogar Anhänger konservativer Parteien zu ihren Mitstreitern. Von großem Gewicht für das Erstarken der Friedensbewegung ist das zunehmende Friedensengagement der Gewerkschaften.“ (S. 14). Im Zusammenhang Wettrüsten steht in den Thesen: „In den internationalen Beziehungen muß an die Stelle der Konfrontation die Zusammenarbeit stehen.“ (S. 15) Das bedeutet doch nicht eine Negierung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit. Lenin und die Partei, der er angehörte, führte doch die friedliche Koexistenz erfolgreich durch, was niemals hieß „Klassenzusammenarbeit“. Oder: wie bewertet ihr die Anti-Hitler-Koalition? Wie bewertet ihr die VII. Komintern-Tagung 1935? Das wären doch dann, nach des Schreibers Interpretation Schulbeispiele für die Zusammenarbeit mit imperialistischen Kräften. Oder hat sich Josef Stalin nicht in Teheran/Jalta mit Churchill/Roosevelt bzw. in Potsdam mit Churchill/Truman getroffen?

Natürlich arbeiten in der Friedensbewegung viele systemimmanente Kräfte mit, die in anderen als der Friedensfrage konservative Standpunkte vertreten. Ohne in diesen Kräften aufzugehen, ist es doch objektiv eine Stärkung der Friedensbewegung, nicht nur einige unheimlich tolle und politisch-saubere Revolutionäre zu sein, sondern mindestens 70 Prozent der Bevölkerung hinter sich zu wissen. Die Auseinandersetzung muß innerhalb der Friedensbewegung um den richtigen Weg geführt werden. An der Frage „Frieden“ anknüpfend werden auch andere gesellschaftliche Bereiche diskutiert und in die Praxis mit einbezogen (35-Std.-Woche/Nicaragua/Neue Armut). Wenn Kohlzimmermann die Friedensbewegung bekämpfen, versuchen, zu kriminalisieren, zu spalten; wenn in den Medien über die Friedensbewegung gelogen oder verschwie-

gen wird, das sind doch nicht die Anzeichen dafür, daß die Friedensbewegung vollkommen falsch liegt? Oder, anders gefragt: welche konkreten Antworten gebt ihr den friedensbewegten Menschen in eurem neuen Programmentwurf?

Der Schreiber meint, daß es nicht im Interesse der Arbeiterbewegung sein kann „das Interesse westdeutscher Kapitalisten an einem solchen Kurs an Aufrüstung, auch an Revanchismus, zu leugnen bzw. zu verschweigen.“ Stimmt, das wäre grundfalsch. Aber, um die Wahrheit die Ehre zu geben: In ihrem Programm gibt die DKP darüber Auskunft, inwieweit westdeutsche Kapitalisten Interesse an Aufrüstung und Revanchismus haben. Auch in der UZ kann die Haltung der DKP zu dieser Frage überprüft werden. Davon abgesehen: in der These 6 ist die Haltung der DKP zu Revanchismus, in der These 8 die Aufrüstungspolitik und ihre Folgen zu lesen.

Die USA haben versucht, gegenüber der UdSSR eine Überlegenheit durch Interkontinentalraketen und Mittelstreckenraketen zu erreichen. Die westdeutsche Friedensbewegung hat versucht, dies zu verhindern. Das Ergebnis ist bekannt. Die Überlegenheit der USA mit Erstschlagsqualität durch die Stationierung wurde von der SU verhindert, indem sie selbst Mittelstreckenraketen in Europa stationierte. Dadurch sollte es den USA unmöglich gemacht werden, einen Erstschlag zu landen. Der Schreiber suggeriert, die DKP würde in den Thesen den Einsatz von Millionen Menschen als unnötig ansehen. Die DKP sieht in der Friedensbewegung und der Aktivierung von vielen Menschen eine gesellschaftliche Notwendigkeit, nachlesbar in der These 25. Klar: mit dem militärischen Gleichgewicht ist es so eine Sache. Die USA entwickelten die Atom-bombe und benutzten sie zum Massenmord in Hiroshima und Nagasaki. Militärisch war dieser Einsatz, etwa um Japan zur Beendigung des Krieges zu zwingen, nicht nur nicht notwendig, sondern schlicht verbrecherisch. Die A-Bombe sollte an einem Projekt „ausprobiert“ werden und, das halte ich für wesentlich, hierdurch die UdSSR in internationalen Fragen zum Rückzug gezwungen werden (etwa die Entwicklung der volksdemokratischen Staaten). Churchill und andere imperialistische Kräfte forderten schon 1946/47 den Feldzug gegen die SU, jetzt aber mit der A-Bombe in der Hinterhand. Wie hätte sich die internationale Lage ausgewirkt, wenn die UdSSR ohne Atomwaffen erpreßbar geworden wäre. Es war für die Völker der SU und die gesamte Menschheit ein friedenserhaltender Faktor, daß ein sozialistischer Staat ebenfalls die A-Waffe entwickelt hatte. Ähnlich zu bewerten sind auch qualitative Änderungen im internationalen Kräftemessen. Wenn die USA/NATO Mittelstreckenraketen stationiert, um einen Erstschlag zu führen, sollten dann die Kräfte, die dies verhindern können, dies nicht tun? Die Friedensbewegung, die Gründe seien jetzt dahingestellt, ist an dieser konkreten Frage gescheitert. Ist es gut oder schlecht, wenn die Warschauer Vertragsstaaten diesen Erstschlag zu verhindern trachten, indem sie eigene Mittelstreckenraketen in ihren Ländern stationieren. Nun liegt es an der westdeutschen/westberliner Friedensbewegung, das SDI-Programm, zumindest eine Beteiligung der eigenen Regierung bzw. Rüstungs- und Elektroindustrie zu verhindern.

In den Thesen, wie auch in anderen Publikationen der DKP ist immer wieder zu lesen die Notwendigkeit der eigenständigen nationalen Friedensbewegung. Wenngleich, und hieraus macht die DKP keine Hehl, ihren Platz international neben den „real existierenden sozialistischen“ Staaten, also auch der SU, sieht. Ich denke, die Friedensbewegung ist gut beraten, sich ihre Politik nicht von irgendeiner Seite aufdrängen zu lassen, sei es DKP oder SPD. Aber d.h. nicht, die Augen vor Realitäten zu verschließen. Die Kriegstreiber sitzen im Pentagon. Gorbatschow machte einige Vorschläge, den Frieden sicherer zu machen: die SU führt einseitig bis 31.12.85 keine atomaren Explosionen durch, und läßt es auch in Zukunft bleiben, wenn die anderen Atomstaaten mitziehen. Seit April werden keine weiteren Mittelstreckenraketen mehr stationiert. Er fordert die 50prozentige Redu-

Anträge an den Sonderparteitag

Fortsetzung von Seite 12

muß, damit die Kontrolle gewährleistet bleibt.

148

VI. Fraktionen: Die von euch unter „6. Parteaufbau und innerparteiliche Demokratie“ vorgeschlagene Formulierung gesteht indirekt Fraktionen ein prinzipielles Existenzrecht zu. Dies halte ich für falsch.

Gewisse Situationen machen es manchmal notwendig, über begrenzte Zeiträume hinweg Fraktionen zu tolerieren, um notwendige inhaltliche Auseinandersetzungen zu Ende zu führen. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß jeglicher Fraktionismus die notwendige Einheit der Partei untergräbt und daher mit den jeweils geeigneten Mitteln bekämpft werden muß. Wir müssen davon ausgehen, daß der bestehende „Pluralismus“

in der Partei, wie in der Arbeiterbewegung, ein zu überwindendes Übel und keinesfalls eine Tugend ist. Ich schlage deshalb alternativ folgende Formulierung vor: „Es ist mit den Zielen der Partei, ihrer Einheit und Geschlossenheit unvereinbar, daß sich innerhalb der Partei Fraktionen organisieren. Das ZK hat jedoch das Recht, nach Rücksprache mit der zentralen Schiedskommission eine Fraktion über einen begrenzten Zeitraum hin zu tolerieren. In dieser Zeit muß versucht werden, die inhaltlichen Differenzen, die zur Gründung von organisierten Fraktionen geführt haben, zu klären und die Genossinnen und Genossen zu bewegen, auf den Boden des demokratischen Zentralismus zurückzukehren. Diese Regelung gilt nicht für Fraktionen, deren erklärtes Ziel es ist, die Partei zu spalten.“ W., Kiel

zierung der Kernwaffen beider Seiten, die das Territorium der andern erreichen können. Der Anfang könnte also gemacht werden. Diese Vorschläge nutzen uns doch in unserer Friedensarbeit. Natürlich laufen eigenständige Initiativen gegen unsere Regierung weiter. Wo sind die „revolutionären“ Kräfte, die uns dabei unterstützen? In der westberliner Friedensbewegung kann ich diese jedenfalls nicht ausmachen.

Der Schreiber gibt Forderungen der Thesen wieder und schreibt als Resümee, daß hier eben kein Platz „für Widerstand gegen Aufrüstung in der BRD mehr vorhanden“ sei. Nur: diese Forderungen stehen für die Verbesserung der internationalen (!) Lage gegen die Kriegsgefahr. Zum wiederholten Mal: es steht in den Thesen kein Wort davon, daß unsere Friedensbewegung gebannt die Genfer Verhandlungen abwarten soll, und ansonsten abwarten, was die UdSSR macht.

Die Auseinandersetzung mit der DKP halte ich für notwendig, da man an

diesen Kräften, wenn man politische Arbeit leistet, nicht dran vorbeikommt. Ich halte es für unwahrscheinlich, daß es heute noch KPD-Betriebsarbeiter gibt, die sich eine solche Argumentation wie die des Schreibers bei ihren Kollegen leisten. Ich lehne es ab, wie es der Schreiber tut, Zitate aus dem Zusammenhang zu reißen, bewußt hieraus falsche Schlüsse zieht, um sich dann die Hände zu reiben: So, jetzt haben wir den Revis mal wieder einen ausgewischt. Man kann den Artikel auf zwei Punkte bringen: die DKP ruft zur Zusammenarbeit mit dem Kapital aus, andererseits ist die Friedensbewegung unnötig, da es ja die SU gibt. Mir bleibt unverständlich, wenn ja offensichtliche Widersprüche zwischen der westdeutschen oder westberliner Regierung einerseits und der sowjetischen Regierung andererseits bestehen, wie die DKP sowohl die einen wie auch die anderen unterstützt? Diese Konstruktion versteh' ich nicht. Wer klärt mich auf? Sozialistische Grüße H.S.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“
- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
- ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden
- ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden

Name

Vorname

Straße

PLZ/Ort

Bitte einsenden an: KPD, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

- Hiermit bestelle ich:
- ☐ Abonnement(s) ... ab Nr.
 - ☐ Ich lege Post-/Bankscheck bei über DM
 - ☐ jährlich 60 DM
 - ☐ Ich habe den Betrag von DM an den Verlag überwiesen
 - ☐ halbjährlich 30 DM
 - ☐ Ich bitte um Vorausrechnung
 - ☐ Ich bin arbeitslos / Schüler / Student und zahle nur den halben Preis. Bescheinigung liegt bei.

Name Vorname

Straße

PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290
(Bankleitzahl 44050199) Postcheckkonto Dortmund 79600-461

Bilder vom 19. Oktober



Dortmund



Bissiger Humor



Hamburg



Stuttgart



Vielgelesen: die „BLIND“-Zeitung



Sportfest für den Frieden



Ebenfalls am 19. Oktober fand in der Dortmunder Westfalenhalle das II. Sportfest für den Frieden statt. Die Initiative „Sportler und Sportlerinnen für den Frieden“ hatte ein interessantes Programm organisiert. Die Initiative, die immerhin schon über 5000 Sportler umfaßt, bot mit Weltmeistern, Olympiasiegern, mit Profis, Amateuren und Freizeitsportlern eine eindrucksvolle Darstellung eines nicht unwichtigen Teils der Friedensbewegung.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

4600 Dortmund (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion - Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 Kiel 1, KPD, Rendsburger Landstr. 9, Tel.: (0431) 642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haubmannstr. 107, Tel.: (0711) 2624388, geöffnet Mo u. Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 Heiligenwald, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474